

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Kirschinghaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhofs 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Drahtenschrift: Spadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Berechnung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsanfang, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 3. Juli 1930

Ein notwendiger Erlass.

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Rowdies in Beamtenstellung werden nicht länger geduldet.

SPD. Die preussische Regierung hat sich zu einem neuen Schritt gegen die Hakenkreuzler entschlossen. In einer Verordnung untersagt sie den Beamten, die nationalsozialistische Bewegung zu unterstützen oder sich in ihr zu betätigen. So ungewöhnlich der Schritt zunächst erscheint, so ist er schliesslich doch nichts anderes als eine Selbstverständlichkeit, die die staatstreue Bevölkerung seit langem erwartet hat. Er macht einem Zustand ein Ende, der um der Autorität des Staates willen nicht länger geduldet werden durfte. Den letzten Anlass zu der Verordnung hat die Tatsache gegeben, dass bei besonders wüsten Vorfällen der letzten Zeit, bei denen Nationalsozialisten sich den staatlichen Organen widersetzen, Staatsbeamte beteiligt waren, so letztthin in Kassel ein Regierungssekretär, und in Breslau drei Regierungsreferendare. Die Regierungsreferendare von Breslau wurden zwangsgestellt, als sich die Breslauer Nationalsozialisten in wüsten allnächtlichen Demonstrationen in offenem Aufruhr gegen die Staatsgewalt ergingen.

Es ist selbstverständlich, dass es sich bei der Beteiligung von Beamten an einer Bewegung, die mit Schlagringen, Messern und Revolvern über politisch Andersdenkende herfällt, die das Rowdytum zum Prinzip gemacht hat und die den Staat und seine Verfassung zerstören will, nicht um die Ausübung der von der Verfassung den Beamten garantierten staatsbürgerlichen Rechte handelt. Der Staatsgerichtshof hat in seinen letzten Entscheidungen erkannt, dass die Beamten dem Staat gegenüber gebunden sind durch die besondere Pflicht, die sich aus ihrem Treueverhältnis zum Staat ergibt. Die Betätigung von Beamten bei den Nationalsozialisten ist namentlich in kleineren Städten geeignet, das Ansehen des Staates zu untergraben und die Verwaltung zu schädigen. Es geht nicht an, dass Richter und Verwaltungsbeamte am Abend gemeinsam mit den Nationalsozialisten den Staat schmähen und Organisationen unterstützen, die mit dem Schlagring Strassenterror üben, um dann am anderen Morgen dem Publikum als Vertreter der Staatsautorität gegenüberzutreten. Es geht noch viel weniger an, dass Beamte der Schutzpolizei, die das berufene Organ zum Schutze des Staates ist, einer dem Staat und seiner Verfassung feindlichen Organisation angehören.

Die Beamten, die zur nationalsozialistischen Partei gehören, müssen sich vollständig darüber im klaren sein, dass diese Partei staatsfeindlich und putschistisch ist. Die Zahl der Äusserungen ihrer Führer, die dies bekräftigen, ist Legion, die durchaus militärische Organisation der Partei zeigt, dass sie zum gewaltsamen Vorgehen gegen die Verfassung geschaffen worden ist. Langmut gegenüber solchen Beamten ist nicht mehr am Platze, umsomehr als die Nationalsozialisten sich öffentlich darüber lustig machen, dass der Staat ihr Treiben duldet und zusieht, dass seine Beamte es unterstützen. Der Staat kann nicht dulden, die ihm dienen sollen, einen Freibrief zu seiner eigenen Bekämpfung geben. Wohin es führt, wenn erst einmal ein Beamtenkörper von den Hakenkreuz-

putschisten verseucht ist, haben die Zustände in Bayern im Jahre 1923 gezeigt! An sich wäre schon die Möglichkeit gegeben, gegen Beamte, die sich nationalsozialistisch betätigen, disziplinarisch vorzugehen. Der Beamte, der diese Rowdiesorganisationen unterstützt, zeigt sich der Achtung, des Ansehens und des Vertrauens unwürdig, den sein Beruf erfordert. Die Verordnung ist darüber hinaus eine ausdrückliche Warnung. Es kann danach kein Zweifel mehr darüber bestehen, dass jeder Beamte, sei er nun Staatsbeamter, Kommunalbeamter oder Beamter einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft sofort ein Disziplinarverfahren mit dem Ziele der Dienstentlassung zu gewärtigen hat, wenn er die nationalsozialistische Partei unterstützt oder sich für sie betätigt.

Die preussische Regierung geht mit dieser Verordnung führend voran. Preussen umfasst 3/5 des Reiches, auf dem Gebiet Preussens wird der Autorität des Staates nunmehr Geltung verschafft gegenüber den putschistischen Elementen. Die Verwaltung wird von solchen Elementen gesäubert werden, die dem Staat zu dienen vorgeben, während sie ihn gleichzeitig zu unterwühlen suchen!

Allerdings wird durch diese Verordnung der eindringliche Widerspruch unterstrichen, der darin liegt, dass in Preussen die nationalsozialistische Betätigung von Beamten verboten ist, während in Thüringen ein nationalsozialistischer Minister die Verwaltung führt. Der Widerspruch ist jedoch nicht grösser als der, dass der thüringische Polizeiminister ein Nationalsozialist ist, während die Reichsregierung darauf besteht, dass ein Nationalsozialist nicht der Schutzpolizei angehören darf. Die preussische Regierung vertritt mit ihrer Verordnung die Sache des selbstverständlichen Schutzes des Staates gegen putschistische Zerstörungsabsichten. Wenn nun der Widerspruch gegen Thüringen mit voller Schärfe hervortritt, so ist das nur ein Grund mehr, dafür zu sorgen, dass nach dem Vorbilde Preussens überall in ähnlicher Weise gegen die Hakenkreuzler vorgegangen wird!

SPD. Essen, 3. Juli (Eig. Drahtb.)

Die Abwehraktion gegen den Akkordlohn-Abbau in der Gruppe Nordwest hat zahlreiche Unternehmer zu dem Zugeständnis veranlasst, die Akkordlöhne nicht in dem anfänglich geplanten Ausmass abzubauen.

In Gelsenkirchen feierten am Donnerstag noch 3000 Arbeiter, in Essen 1500, in Hamm 150, in Hattingen 240 und in Bochum ungefähr 800 Arbeiter.

SPD. Das Preussische Staatsministerium hat in seiner letzten Sitzung folgenden Beschluss gefasst, der inzwischen den nachgeordneten Behörden aller Zweige der Staatsverwaltung und den Gemeindebehörden zugegangen ist:

"Nach der Entwicklung, die die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei und die Kommunistische Partei Deutschlands genommen haben, sind beide Parteien als Organisationen anzusehen, deren Ziel der gewaltsame Umsturz der bestehenden Staatsordnung ist. Ein Beamter, der an einer solchen Organisation teilnimmt, sich für sie betätigt, oder sie sonst unterstützt, verletzt dadurch die aus seinem Beamtenverhältnis sich ergebende besondere Treueverpflichtung gegenüber dem Staate und macht sich eines Dienstvergehens schuldig. Allen Beamten ist demnach die Teilnahme an diesen Organisationen, die Betätigung für sie, oder ihre sonstige Unterstützung verboten.

Das Staatsministerium bringt diese Auffassung der Beamtenschaft hiermit besonders zur Kenntnis und weist sie darauf hin, dass künftig gegen jeden unmittelbaren oder mittelbaren Staatsbeamten, der dem zuwiderhandelt, disziplinarisch eingeschritten wird.

Das Staatsministerium ordnet gleichzeitig an, dass die nachgeordneten Be-

hörden über jeden Fall der Zuwiderhandlung dem zuständigen Fachminister zu berichten haben."

+ + +

Hierzu bemerkt der "Amtliche Preussische Pressedienst": Die Preussische Staatsregierung richtet mit diesem Erlass an die gesamte Beamtenschaft Preussens eine Warnung vor einer Betätigung und Unterstützung der obengenannten Parteien, deren Ziel, den Staat und seine heutige Verfassung umzustürzen und die Beamtenschaft (Reichswehr und Schutzpolizei) zu zersetzen, in der letzten Zeit immer klarer zutage getreten ist. Die Preussische Staatsregierung macht nachdrücklichst darauf aufmerksam, dass jeder Beamte, der sich im Rahmen einer dieser beiden Parteien betätigt, sie in ihren Zielen unterstützt und fördert, sich der Gefahr einer disziplinarischen Bestrafung aussetzt.

Mit der Treupflicht eines Beamten und mit dem von ihm geschworenen Eid auf die Verfassung ist es unvereinbar, Parteien zu dienen, die diesen Staat zugegebenermassen auch mit ungesetzlichen Mitteln bekämpfen. Die im Artikel 130 der Reichsverfassung dem Beamten gewährleistete bürgerliche und politische Freiheit ist durch die geltenden Gesetze begrenzt. Nach der ständigen Rechtsprechung aller obersten Disziplinargerichte findet das Recht der politischen Betätigung für jeden Staatsbürger an den allgemeinen Gesetzen seine Grenze, für den Beamten aber besonders in den Pflichten, die das Amt ihm auferlegt, in der Treue- und Gehorsampflicht gegenüber dem Staat, die es ihm verbieten, von diesem Recht einen Gebrauch zu machen, der den Lebensinteressen des Staates zuwiderläuft.

SPD. Essen, 3. Juli (Eig. Drahtb.)

Die kommunistische Gewerkschaftsopposition der Gruppe Nordwest forderte vor dem 1. Juli in Belegschaftsversammlungen und durch Flugblätter zwecks Abwehr der Akkord-Abbau-Aktion zum Streik und zur Bildung von Kampfausschüssen auf. Die "Führer dieser Opposition dachten jedoch gar nicht daran, im gegebenen Augenblick mit gutem Beispiel voranzugehen und ihren eigenen Parolen nachzukommen. Sie blieben in Bochum restlos in den Betrieben!"

SPD. Die Spaltung im nationalsozialistischen Lager ist vollzogen. Die Strasser-Gruppe ist aus der Hitler-Partei ausgetreten und begründet ihren Schritt in einer endlosen Erklärung, die ausschliesslich von Berliner Nationalsozialisten unterzeichnet ist. In der Erklärung heisst es u.a.:

"Von jeher hat es uns mit Bedauern und Missbehagen erfüllt, dass Adolf Hitler sich zwar häufig mit führenden Kreisen der Unternehmer- und Kapitalistenschaft über die Ziele und Wege des Nationalsozialismus aussprach, aber nie Gelegenheit nahm, mit führenden Kreisen der Arbeiter und Bauern das gleiche zu tun. So empfanden wir das daraus resultierende Gefühl, als ob der Nationalsozialismus jenen Kreisen näher stünde als diesen als eine schwere Belastung, um so mehr als wir uns sagen mussten, dass die Ehrlichkeit unseres sozialistischen Wollens jede Verständigung mit jenen Kreisen auslösche, denen die Wahrung ihrer kapitalistischen Rechte immer noch wichtiger war und ist, als die Durchführung nationaler Ziele, wenn diese Durchführung den Sozialismus zur Voraussetzung hat. Aus dem gleichen Grunde sahen wir mit steigender Sorge die enge Verbindung der Führung mit Hugenberg und der Deutschnationalen Volkspartei, zum Teil auch mit dem Stahlhelm und den sogenannten Vaterländischen, weil alle diese Umstände - auch wenn sie, wie beim Volksbegehren taktisch von Fall zu Fall vertretbar sein mochten - doch geeignet schienen, eine falsche Vorstellung von unserem Wesen zu geben.... Hand in Hand mit der Verbürgerlichung der Bewegung ing eine Verbonzung der Partei,

die geradezu erschreckende Formen annahm. Nicht nur die sogenannten höheren SA.-Führer, sondern in steigendem Masse auch die politischen Funktionäre der Partei, entwickelten sich nach ihrer Haltung und ihrer Lebensführung in einer Weise, die ebenso mit den inneren Gesetzen einer revolutionären Bewegung, wie mit den Forderungen eines sauberen Charakters in Widerspruch standen.... Als aufrechte, unbeugsame Bekenner des Nationalsozialismus, als glühende Kämpfer der deutschen Revolution lehnen wir jede Verfälschung des revolutionären Charakters, des sozialistischen Wollens und der nationalistischen Grundsätze des Nationalsozialismus ab und werden nunmehr ausserhalb der ministeriell gewordenen N.S.D.A.P. das bleiben, was wir immer waren: Revolutionäre Nationalsozialisten."

Inhalt und Tendenz der Erklärung lassen vermuten, dass die Strasser-Gruppe nunmehr nach nationalsozialistischen Methoden den Kampf gegen die Urheber dieser Methoden, die "linientreuen" Hitlerianer, aufnehmen wird. Mit welchem Erfolg bleibt abzuwarten. Zunächst beschränkt sich der Anhang der Strasser-Gruppe auf Berlin. Sie erwartet jedoch aus dem Lande noch Zuzug und stützt ihre Hoffnungen auf die allgemeine Unzufriedenheit der Nazi-Anhänger mit dem nationalsozialistischen "Bonzentum". So scheint die Saat der Verhetzung, die Hitler und Konsorten gesät haben, aufzugehen und sich in erster Linie gegen sie selbst zu wenden.

SPD. Warschau, 3. Juli (Eig. Drahtb.).

Die polnischen Regierungsbehörden haben am Donnerstag einen formellen Strafantrag gegen 18 führende oppositionelle Parlamentarier, darunter die Sozialisten Barlicki, den Führer der freien Gewerkschaften Vizemarschall Zulawski und den Fraktionsvorsitzenden und Chefredakteur des "Robotnik", Niedzialkowski, gestellt. Die Parlamentarier haben am Sonntag an einer Demonstration in Krakau teilgenommen und sollen sich der "Störung der öffentlichen Ordnung und Erregung von Hass und Verachtung gegen das Staatsoberhaupt" schuldig gemacht haben. Das Verfahren vor dem Schwurgericht kann jedoch nur für den Fall einer Auflösung des Sejm und der Aufhebung der Abgeordneten-Immunität vor sich gehen.

In der Nacht zum Donnerstag erfolgte in der Redaktion des Krakauer sozialistischen "Napzod" eine Haussuchung. Die Korrespondent des Blattes wurde beschlagnahmt.

SPD. Der Bildungsausschuss des Reichstags verabschiedete am Donnerstag den "Entwurf eines Gesetzes über die Vorführung ausländischer Bildstreifen."

Der zwei Paragraphen umfassende Entwurf will die Reichsregierung ermächtigen, "zur Wahrung der kulturellen Interessen im deutschen Lichtspielwesen" Bestimmungen über die Vorführung ausländischer Bildstreifen (Filme) zu erlassen. Für Zuwiderhandlungen gegen die vom Reichsinnenminister zu erlassenden Vorschriften werden Freiheits- und Geldstrafen angedroht.

Abg. Löwenstein (Soz) erklärte im Verlauf der Debatte, Deutschland führe mehr Filme aus als ein, es sei an der ausländischen, vor allem amerikanischen Filmproduktion stark beteiligt. Wenn man auf Massnahmen Englands und Frankreichs hinweise, so sei zu bedenken, dass die englische Filmproduktion ganz geringfügig sei, und auch Frankreich 1928 nur 94 französische neben 500 ausländischen, darunter zahlreichen deutschen Spielfilmen aufweise. Protektionistische Massnahmen Deutschlands würden durch die Antwort, die sie naturgemäss auf der Gegenseite finden müssten, sich zum Nachteil der deutschen Filmindustrie auswirken. Man wisse auch durchaus nicht, wie sich das Vordringen des Tonfilms auf den Bedarf auswirke. Die Folgen des Ermächtigungsgesetzes liessen sich in keiner Weise übersehen.

Abg. August Siemsen (Soz) wies auf die bereits bisher geübte Zensurierung der Russenfilme hin, ferner darauf, dass man den Kriegsfilm von Charlie Chaplin in Deutschland nicht zugelassen habe wegen der Rolle, die Wilhelm II. in ihm spiele. Auch die Aufführung des das Sektenwesen höchst amüsant ver-spottenden Chaplinfilms "The pilgrim" sei bis vor kurzem durch kirchliche Einflüsse verhindert worden. Vor wenigen Tagen hätte in München eine grosse Kundgebung für Zucht und Sitte stattgefunden, in der man eine Gesetzgebung nach den Grundsätzen christlicher Weltanschauung und zugleich eine Filmzensur gefordert habe. Denke man endlich an die Kulturdebatte im Reichstag und an die Definition von "Kulturbolschewismus" durch Joos, so seien die Befürchtungen nur allzu berechtigt, dass das Ermächtigungsgesetz einseitig im christlichen und nationalistischen Sinne Anwendung finden werde zur Fernhaltung von Auslandsfilmen mit "unerwünschten" Tendenzen.

Abg. Löwenstein (Soz) stellte schliesslich den Antrag auf Ablehnung des Gesetzentwurfes, der mit 12:15 Stimmen in der Minderheit blieb. Dagegen fand sein Zusatzantrag Annahme, dass die vom Reichsinnenminister zu erlassenden Vorschriften ausser der Zustimmung des Reichsrats auch die des Bildungsausschusses bedürfen. Auf Antrag Löwenstein wurde dann noch der Befristung des Gesetzes bis zum 31. März 1931 zugestimmt.

SPD. Helsingfors, 3. Juli (Eig. Drahtb.)
Der finnische Staatspräsident hat den bekannten Politiker Svinhutvud mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt. Svinhutvud beabsichtigt eine Koalitionsregierung aus allen bürgerlichen Parteien zu bilden.

SPD. Auf dem demokratischen Parteitag des Wahlkreises Potsdam II wurde auf Antrag des Reichstagsabgeordneten Meyer eine Entschliessung angenommen, in der die Erwartung zum Ausdruck gebracht wird, dass die demokratische Reichstagsfraktion auf keinen Fall den Deckungsvorlagen des demokratischen Finanzministers Dietrich zustimmt.

Im Verlauf der Debatte spielte u.a. auch die Übernahme des Finanzministeriums durch den demokratischen Wirtschaftsminister Dietrich eine Rolle. Ein Antrag ihn zum Rücktritt aufzufordern, wurde jedoch abgelehnt. Ein Antrag, in dem Dietrichs Handlungsweise bedauert wurde, vereinigte nur 12 Stimmen auf sich.

SPD. Paris, 3. Juli (Eig. Drahtb.)
Der "Intransigeant" veröffentlicht am Donnerstag in Form eines Gerüchtes die Nachricht, dass der Sohn Trotzki am Mittwoch abend in Paris eingetroffen sei. Der Zweck des Pariser Besuches des jungen Trotzki sei, dem Vater die Einreisepflicht nach Frankreich zu verschaffen, da der Verbannte seinen gegenwärtigen Aufenthaltsort auf der Insel Principe in der Nähe von Konstantinopel mit einer südfranzösischen Stadt zu vertauschen beabsichtige.

SPD. Der Reichsrat nahm am Donnerstag die Vorlage über die Reichshilfe der Personen des öffentlichen Dienstes und die Zuschläge zur Einkommensteuer in der Fassung der Ausschussbeschlüsse mit 56 gegen 9 Stimmen bei einer Enthaltung an. Wesentliche Änderungen an der Vorlage der Reichsregierung sind durch die Ausschussbeschlüsse nicht vorgenommen worden. Gegen die Vorlage stimmten nur die Länder Thüringen und Braunschweig, und die preussischen Pro-

vinzen Ostpreussen, Brandenburg, Pommern, Sachsen, Schleswig-Holstein und Hannover. Enthalten hat sich das Land Schwerin. Die Tabaksteuernovelle wurde gleichfalls angenommen. Die Verlängerung des Kontingents um ein Jahr wurde nur mit 33 gegen 31 Stimmen bei einer Enthaltung beschlossen.

Die Reichsregierung hat also ihre erste Niederlage im Reichsrat, die Ablehnung der Moldenhauerschen Vorschläge, ausgeglichen. Trotzdem ist das Schicksal ihrer Vorlagen im Reichstag noch unbestimmt. Der einstimmige Beschluss der Deutschnationalen, der ursprünglich als eine kategorische Ablehnung der Regierungsvorlagen gedeutet wurde, hat in der Rechtspresse Kritik und Auslegung erfahren, die die Meinung bestärkt, dass es sich dabei nur um ein taktisches Manöver handelt. Die Absicht der Deutschnationalen ist, ihre Zustimmung möglichst teuer zu verkaufen und ausser dem Ostprogramm noch weitere materielle Zugeständnisse zu erhalten. Für diesen Fall lassen sie sicherlich genau so mit sich reden wie im April, als sie die Regierung Brüning ebenfalls vor der sicheren Niederlage retteten.

In mehreren Ausschüssen des Reichstags haben Zentrumsabgeordnete am Donnerstag gegenüber den Deutschnationalen erklärt, dass wer Ausgaben bewilligt, auch für die Deckung sorgen müsse. Das ist verschiedentlich so aufgefasst worden, als ob auch diesmal zwischen den Deckungsvorlagen und dem Gesetz über die Osthilfe bzw. den sozialpolitischen Vorlagen über die Arbeitslosenversicherung und die Krankenversicherung eine Verbindung geschaffen werden soll.

SPD. Paris, 3. Juli (Eig. Drahtb.)

Eine schwere Eisenbahnkatastrophe, bei der fünf Menschen ums Leben kamen und 25 Personen mehr oder weniger schwer verletzt wurden, ereignete sich in der Nacht zum Donnerstag bei Caen. Auf einer Lokalbahnstrecke stiess ein Personenzug infolge falscher Weichenstellung mit einem elektrischen Triebwagen, der zwei Personenwagen führte, zusammen. Der Anprall erfolgte mit solcher Wucht, dass der Triebwagen in die Höhe gerissen wurde und auf die Personenwagen fiel, die vollkommen zertrümmert wurden. Die beiden Lokomotivführer waren rechtzeitig von den fahrenden Zügen abgesprungen. Sie blieben unverletzt.

SPD. Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Gregor Strasser, der Reichsorganisationsleiter der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und frühere Herausgeber der Berliner Zeitung "Der Nationale Sozialist" veröffentlicht folgende Erklärung:

"Ich stehe dem Vorgehen des Kreises um den Kampfverlag unter Führung meines Bruders Dr. Otto Strasser gegen die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei in schärfster Verurteilung und Opposition gegenüber. Aus diesem Grund habe ich bereits am 30. Juni die Herausgeberschaft und verantwortliche Schriftleitung der Kampfverlags-Zeitungen niedergelegt. Ich stehe nach wie vor in vollster Loyalität hinter Herrn Adolf Hitler und der von ihm geführten Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Die Meldung des "Nationalen Sozialist" vom 3. Juli, wonach sich an meinem geschäftlichen Verhältnis zum Kampfverlag nichts geändert habe, ist bewusst unrichtig und ausserordentlich illoyal, denn es werden von mir seit Wochen alle nur möglichen Schritte unternommen, die G.m.b.H. Kampfverlag aufzulösen und damit diese oben erwähnten geschäftlichen Bindungen zu beseitigen. Die Verwirklichung dieses Vorhabens ist lediglich bis heute durch die Art der vertraglichen Bestimmungen und die Schwerfälligkeit der handelsgerichtlichen Gesetzesbestimmungen noch nicht möglich gewesen."

Herr Gregor Strasser bleibt also Hitler-Bonze, während die Gruppe seines Bruders diesem Bonzentum den schärfsten Kampf angesagt hat.

SPD. München, 3. Juli (Eig. Drahtb.)

Der Kampf um die Schlachtsteuer, in dem sich das Schicksal der Regierung Held entscheidet, hat am Donnerstag im Landtag begonnen.

Die Beratung über die Vorlage im Haushaltsausschuss ist zwar noch nicht über das erste Stadium hinausgelangt, doch ist jetzt bereits klar, dass infolge der Ablehnung des Bauernbundes die neun Nationalsozialisten das Zünglein an der Wage bilden werden. In den Ausschussberatungen enthielten sie sich zunächst der Stimme, da sie infolge der bekannten Staatsgerichtshofentscheidung über das bayerische Landeswahlgesetz dem Landtag jedes Recht zur weiteren Tätigkeit absprechen. Bei der endgültigen Abstimmung im Plenum des Landtages werden sie aber doch wohl ihre Stimme gegen die Regierungsvorlage in die Wagschale werfen, weil sie dadurch die Auflösung des Landtages erzwingen zu können hoffen. Trotz der Stimmenthaltung der Nationalsozialisten und der Deutschen Volkspartei wären aber schon in der Donnerstagsitzung die ersten Paragraphen des Gesetzes abgelehnt worden, wenn nicht die Bayerische Volkspartei zu einem üblen Manöver gegriffen hätte. Infolge der Uneinigkeit innerhalb der deutschen nationalen Fraktion war diese im Ausschuss nur mit zwei statt mit den ihr zustehenden drei Mitgliedern vertreten. Die Bayerische Volkspartei schmuggelte nun zu ihren zehn Leuten noch einen elften hinzu, sodass das Abstimmungsergebnis mit 13 gegen 12 Stimmen für die Regierung positiv ausfiel. Der Schwindel wurde aber hinterher bemerkt worauf die Sitzung vertagt wurde. Die Abstimmung muss infolgedessen am Freitag wiederholt werden.

SPD. Die Tatsache, dass sich die sogenannten revolutionären Nationalsozialisten unter Führung von Otto Strasser, dem Major Buchrucker usw. von der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei losgelöst haben, um einen eigenen Laden aufzumachen, wird man in ihrer politischen Bedeutung nicht überschätzen. Einstweilen steht noch nicht einmal fest, ob ein einziger Abgeordneter der Partei sich diesem Schritt anschließen wird, und auch die Mitwirkung des früheren Sozialdemokraten und späteren Altsozialisten Niekisch wird den Kohl nicht fettmachen. Wir erleben es ja bei den Kommunisten: die Splitter haben es schwer. Wer über den Apparat und namentlich über die Kasse verfügt, besitzt immer die grössere Macht.

Aber symptomatische Bedeutung hat die Trennung der Strasserleute von Hitler und seinem Anhang auf alle Fälle. Sie lässt sich auch nicht damit abtun, dass man sie auf Posten-Ehrgeiz und Führerrivalitäten zurückführt. Gewiss spielen persönliche Eitelkeit und Streberei ihre Rolle. Der tiefere Grund des Streites ist jedoch anderswo zu suchen.

Die Nationalsozialistische Partei ist eben kein einheitliches Gebilde. Sie hat - und dadurch unterscheidet sie sich sogar von den Kommunisten - weder soziologisch noch programmatisch eine feste Basis unter den Füßen. Was sie zusammenhielt und noch zusammenhält, ist im wesentlichen die Freude an radikal klingenden Redensarten und kurz gesagt am Radau.

In ihr haben sich Leute zusammengefunden, die aus den verschiedensten Ursachen mit dem Bestehenden unzufrieden sind. Aus der Bahn gerissene Existenzen, die die Schuld an ihrem Unglück der Revolution zuschieben, Nationalisten, die von der Rückkehr zur Machtpolitik des Militärstaates träumen, Mittelstand, der sich von der Gefahr der Proletarisierung bedroht sieht. Schwachköpfe, die das Judentum für die Wurzel allen Übels halten. Und dazu sind dann andere gekommen, die bis zu einem gewissen Grade ehrliche antikapitalistische Gesinnung haben mögen, die aber die Sozialdemokratie ablehnen, weil sie ihnen entweder nicht draufgängerisch genug ist, oder weil sie zu sehr "verjudet" sei, oder weil sie zuviel Zugeständnisse an das Bürgertum mache. Kampf gegen den Marxismus ist die Parole, und zum mindesten 90 Prozent haben nicht die geringste Vorstellung von dem, was unter Marxismus verstanden werden soll.

Dann haben die Wahlen in Sachsen gezeigt, dass die "marxistischen" Parteien Widerstand leisten, während die Parteien der bürgerlichen Mitte unter den Schlägen der Nationalsozialisten zusammenbrechen. Das aber entspricht auch wieder nicht den eigentlichen Absichten des Kreises um Hitler, der mehr und mehr angefangen hat, mit den bürgerlichen Rechtsparteien zu paktieren, um mit ihnen gemeinsam an die Macht zu kommen. Hier tut sich der Riss innerhalb der Nationalsozialisten auf, und wenn auch die Strassergruppe zunächst wenig Erfolge davon tragen dürfte, im Laufe der Zeit werden die Meinungsverschiedenheiten doch immer aufs neue in die Erscheinung treten, und die bürgerlich gerichteten Elemente werden sich auf die Dauer mit den proletarischen nicht vertragen können. Das Knistern im Gebälk wird zu einem Krachen werden. Eine Partei, die nur den Spektakel kennt, und die keinerlei gemeinsame Grundlage einer Theorie oder einer positiven politischen Überzeugung besitzt, wird ihrer Auflösung zusteuern.

Diese Entwicklung mag eine Reihe von Jahren in Anspruch nehmen. In dieser Zeit können die Nationalsozialisten noch mancherlei verderblichen Unfug anrichten. Aber schliesslich wird es doch dahin kommen, dass sich ein grosser Teil der wütenden Antimarxisten von heute unter dem marxistischen Banner wiederfinden wird.

SPD. Sofia, 3. Juli (Eig. Drahtb.)

In der südbulgarischen Tabakstadt Haskowo protestierten am Mittwoch abend etwa 2 000 Tabakarbeiter gegen die unmenschlich harten Rationalisierungsmethoden der Tabakfabrikanten. Trotz des friedlichen Verlaufs der Kundgebung überfiel eine Abteilung berittene Polizei die Teilnehmer mit Kolben und blanken Säbeln. Zahlreiche Arbeiter wurden schwer misshandelt und verwundet. Die von der gesamten Bevölkerung scharf verurteilte polizeiliche Provokation wurde von der Arbeiterschaft mit einem eintägigen Proteststreik beantwortet.

SPD. Der Reichskanzler hat die Führer der hinter der Regierung stehenden Parteien für Freitag-Nachmittag zu einer Besprechung über die Deckungsvorlagen an Hand der Beschlüsse des Reichsrats, zu sich gebeten.

Die erste Lesung der Vorlagen im Reichstag ist für Montag vorgesehen.

SPD. Stettin, 3. Juli (Eig. Drahtb.)

Die Mörder des 58 jährigen Pastors in Ducherow sind nach den bisherigen polizeilichen Ermittlungen zwei Einbrecher, die vor ihrer Tat in der Wohnung des Besitzers eines Sägewerkes einen Einbruch verübt hatten. Sie drangen dann durch das Küchenfenster in das Haus des Pastors und nahmen von der Flurgarderobe zwei Talare an sich. Einen Talar fand man später im Garten in Johannisbeerbüschen. Der Pfarrer, der durch das Geräusch aufgewacht war, wurde in der Tür des Schlafzimmers durch zwei Brustschüsse getötet. Er konnte nur noch die Worte sprechen: "Zwei Kerle, diese Diebe!"

Der Regierungspräsident hat für die Ermittlung der Täter 1000 Mark Belohnung ausgesetzt. Der Verdacht richtet sich gegen verschiedene Zuchthäusler, die in letzter Zeit während der Feldarbeit in der Nähe von Ducherow entflohen sind. In Cammin bei Usedom wurden in der Nacht zum Donnerstag zwei wandernde Arbeiter verhaftet, von denen einer einen Schlagring mit sich führte. Ob sie mit der Tat in Verbindung stehen, ist noch nicht geklärt.

SPD. London, 3. Juli (Eig. Drahtb.)

Als Ergebnis der bisherigen gemeinsamen Besprechungen zwischen der Arbeiterpartei und den Liberalen wird die Regierung in der kommenden Woche dem Unterhaus ein Notgesetz gegen die Arbeitslosigkeit zugehen lassen.

SPD. Köln, 3. Juli (Eig. Drahtb.)

Im Kölner Eisenbahnprozess beantragte der Staatsanwalt am Donnerstag gegen den Fahrdienstleiter Fischer 9 Monate und gegen den Lokomotivführer Nordhaus 6 Monate Gefängnis. Die Verteidiger der Angeklagten plädierten auf Freispruch. Das Urteil wird am Freitag mittag um 12 Uhr verkündet werden.

In seinem Plädoyer kritisierte der Staatsanwalt vor allem die Zustände in dem Betriebswerk Hamm. Immerhin habe der Angeklagte Nordhaus fahrlässig gehandelt, weil er zu schnell über die Unglücksweiche gefahren sei und die Signale nicht genügend beobachtet habe. Bei dem Fahrdienstleiter Fischer bestehe die Fahrlässigkeit darin, dass er den Vorsichtsbefehl falsch diktiert und nicht nicht selbst unterschrieben habe.

SPD. Bombay, 3. Juli (Eig. Drahtb.)

Die Präsidentin des allindischen Provinzialkomitees von Bombay, Frau Perin Captain, wurde am Donnerstag wegen Gesetzesverletzungen verhaftet. Der Grossvater der Festgenommenen war der erste in England gewählte und dem englischen Unterhaus angehörende Inder.

Mehr und mehr macht sich das aktive Eingreifen der indischen Jugend in der Freiheitsbewegung bemerkbar. Jugenddemonstrationen gehören seit der Verhaftung Nehrus zum täglichen Strassenbild. Die Polizei ist am Donnerstag zum erstenmal gegen eine solche Kundgebung eingeschritten. Es kam zu lebhaften Zwischenfällen. Die Polizisten hieben mit Bambusstöcken auf die Jugendlichen ein, von denen vier schwer verletzt wurden.

SPD. Der Haushaltsausschuss des Reichstages lehnte am Donnerstag mit 16 gegen 15 Stimmen den von dem Reichswehrministerium vorgelegten abgeänderten Antrag über den Ankauf von Remontepferden ab. Während das Ministerium vor wenigen Tagen noch 2,1 Millionen anforderte, will es sich nach dem neuen Antrag mit einem Betrag von rund 800 000 Mark begnügen.

Die Ablehnung der Vorlage erfolgte mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten, denen sich von den bürgerlichen Parteien nur ein Demokrat anschloss. Vor wenigen Tagen waren noch sämtliche bürgerlichen Abgeordneten gegen die Anforderung des Wehrministeriums. Inzwischen haben sie sich anders "überzeugen" lassen, Natürlich von den Herren der Reichswehr!

SPD. Köln, 3. Juli (Eig. Drahtb.)

Die Kölner Kommunisten erlitten bei den Delegiertenwahlen der Deutschen Metallarbeiterverbandes in Köln eine schwere Niederlage. Von 2384 abgegebenen Stimmen waren nur 132 als Stimmen der Roten Gewerkschaftsopposition gekennzeichnet. Dieses Ergebnis zeigt, wie bedeutungslos die rote Gewerkschaftsopposition im Metallarbeiterverband in Köln ist.

SPD. Die Vorlage der Reichsregierung zur Reform der Arbeitslosenversicherung enthält nicht nur einen Abbau des materiellen Arbeitslosenschutzes, sondern greift auch die Selbstverwaltung in der Reichsanstalt an. Bedauerlicherweise hat die Mehrheit des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichstags gerade in diesem Punkt bereits der Regierungsvorlage trotz des Widerstandes der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zugestimmt. Die Bürokratie soll in der Reichsanstalt allmächtig gemacht werden.

Die Selbstverwaltung hat praktisch in den Arbeitsämtern keinen Einfluss auf die Gestaltung des Haushaltes. Der Verwaltungsrat der Reichsanstalt sah sich deshalb gezwungen, in einer einstimmig angenommenen Entschliessung eine Abmilderung des bisherigen Systems der Zentralisierung und Bürokratisierung zu fördern. Er erwartet Massnahmen, die, unbeschadet der einheitlichen Gesamtleitung und des gesetzlichen Etatrechts des Verwaltungsrats, die freie Auswirkung der bezirklichen und örtlichen Selbstverwaltung gestatten. Der Verwaltungsrat, der diese Massnahmen fordert, besteht aus Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Vertretern der öffentlichen Körperschaften. Trotzdem geht die Reichsregierung den entgegengesetzten Weg. Sie nimmt den Arbeitsamtsvorsitzenden die Befugnis zur Einstellung gehobener Personalkräfte und hebt für die Versetzung von Fachkräften jedes Vorschlagsrecht der Verwaltungsausschüsse auf.

Man fragt sich unwillkürlich, ob unter solchen Umständen die Mitarbeit der Selbstverwaltung überhaupt noch einen Sinn hat. Der Vorsitzende des Arbeitsamts trägt die gesamte Verantwortung für das Amt, er soll aber nicht die Qualifikation besitzen, das geeignete Personal einzustellen. Diese Aufgabe für 361 Arbeitsämter soll den 13 Präsidenten der Landesarbeitsämter übertragen werden, die natürlich über die erforderlichen Personalkenntnisse nicht verfügen können.

SPD. Peschawar, 3. Juli (Eig. Drahtb.)

Auf der Eisenbahnlinie nach Kalkutta explodierte am Donnerstag eine Bombe, die die Gleise aufriß und grossen Materialschaden anrichtete. Der Zug, den das Sprengstoffattentat treffen sollte, war bereits über die Explosionsstelle hinweg.

Der Belagerungszustand in Peschawar ist aufgehoben.

SPD. Im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstags kam es am Donnerstag bei der Beratung der Reform der Arbeitslosenversicherung in der Frage der Sperrfristen zu scharfen Auseinandersetzungen. Die Sozialreaktion wagte sich sehr weit vor. Infolgedessen erklärte vor der Abstimmung Frau Abg. Teuch (Ztr) ihre Fraktion sei an die Beratung der Änderung der Arbeitslosenversicherung in der Annahme herangegangen, dass sie im inneren Zusammenhang mit der Sanierung der Reichsfinanzen erledigt werden würde. Davon sei die Haltung des Zentrums zu den einzelnen Abänderungen der Arbeitslosenversicherung bestimmt; seine Haltung sei also nicht vorbehaltlos. - Nach dieser Erklärung des Zentrums gab es bei den Abgeordneten der Deutschen Volkspartei lange Gesichter.

In der Abstimmung über die Sperrfristenanträge wurden alle Abänderungsvorschläge abgelehnt und die in der Vorlage vorgesehene Verlängerung der Sperrfristen von den bürgerlichen Parteien, einschliesslich der sogenannten Arbeitnehmervertreter, Thiel, Lambach und Schneider angenommen. Für die Verlängerung der Sperrfristen auf 6 Monate stimmten nur die Deutschnationalen und Herr Guesek von der Volkspartei. Bei dem § 93 der Vorlage, der bei freiwilliger Arbeitsaufgabe Sperrfristen bis zu 8 Wochen vorsieht, blieb die Regierung in der Minderheit, so dass hier die bisherigen mildereren gesetzlichen Bestimmungen bestehen bleiben.

Zu dem sozialdemokratischen Antrag, wonach der Besuch von Arbeitsakademie oder anderen Fortbildungsinstituten nicht zum Verlust der Arbeitslosenunterstützung führen dürfe, erklärte die Regierung, sie sei bereit, bis zur zweiten Lesung eine entsprechende Zusicherung abzugeben.

In der Debatte über die Sperrfristen wies Abg. Aufhäuser (Soz) mit grosser Schärfe die Beschimpfung der Erwerbslosen durch die Scharfmacherrede des Herrn Hueck von der Deutschen Volkspartei im Reichstag sehr energisch zurück. Er stellte Hueck anheim, doch Strafen für solche Unternehmer einzuführen, die ihr Lohnkonto auf Kosten der Arbeitslosenversicherung entlasten. Der Deutschen Volkspartei komme es, wie man immer deutlicher sehe, nicht darauf an, eine missbräuchliche Inanspruchnahme der Versicherung zu bestrafen, sondern deren lohnpolitischen Schutz aufzuheben. In den Fällen der Kündigung durch den Arbeitnehmer handele es sich in Wirklichkeit um unfreiwillige Arbeitslosigkeit. Die hier bereits bestehenden Sperrfristen erschwerten es den Angestellten und Arbeitern, sich um eine besser bezahlte Stellung zu bemühen. Wenn man im übrigen aus Ersparnisgründen in der Arbeitslosenversicherung die Strafen für Arbeitslose verschärfen wolle, dann müsse man konsequenterweise eine künstliche Erhöhung aller Geldstrafen herbeiführen.

Gegen die Verschärfung der bisherigen Bestimmungen, die die Ablehnung nicht zumutbarer Arbeit betreffen, wandte sich energisch Frau Schroeder (Soz). Die Verschärfung richte sich gegen die erwerbstätigen Frauen, die durch häusliche Verpflichtungen nicht jede Berufsarbeit übernehmen könnten. Ministerialdirektor Weigert bestätigte die aufgeworfenen Bedenken, meinte aber, dass das Versicherungsprinzip entscheidend sein müsse. Der sozialdemokratische Antrag auf Streichung der Verschärfung wurde abgelehnt.

Eine weitere Verschlechterung, die eine Anrechnung der Unterstützungszeit in der Krisenfürsorge auf die spätere Unterstützungsdauer in der Arbeitslosenversicherung bezweckt, wurde von Aufhäuser (Soz) bekämpft. Er betonte: Während sonst Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge streng getrennt sind, findet hier plötzlich zum Schaden der Versicherten eine Verquickung statt. - Ministerialdirektor Weigert begründet die hier vorliegende Durchbrechung des Versicherungsgedankens mit den üblichen Ersparniserwägungen. Der sozialdemokratische Streichungsantrag wurde abgelehnt.

Bei der Beratung der kommunistischen Agitationsanträge über die Unterstützungsdauer erfolgte - keine Begründung. Ihre Anträge wurden abgelehnt. Damit war wohl ihr Zweck erfüllt.

Eine weitere von der Regierungsvorlage vorgesehene Änderung will die bisherige Bemessung der Arbeitslosenunterstützung nach dem Arbeitsentgelt aufheben. Sie bestimmt, dass für die Zugehörigkeit zur Lohnklasse kein höherer Betrag zugrundegelegt werden darf als der Grundlohn, der bei der Beitragsentrichtung massgebend war. Abg. Litke (Soz) zeigte, dass schon nach der bisherigen Berechnungsmethode grosse Verwaltungsschwierigkeiten bestanden haben. Sie würden durch die jetzige Änderung, bei der unter Umständen von mehreren Krankenkassen Bescheinigungen über den wirklichen Lohn beigebracht werden müssten, unerträglich gesteigert. Auch die übrigen Redner geben zu, dass die vorgeschlagene Neuregelung wenig glücklich ist. Dennoch wurde auch dieser Regierungsvorschlag vom Bürgerblock angenommen. -

Weiterberatung Freitag.

SPD. Koblenz, 3. Juli (Eig. Drahtb.)

In Carden an der Mosel wurden ein 54jähriger Landwirt, sein 22jähriger Sohn und dessen Braut, die bei einem Gewitter unter einem Apfelbaum Schutz gesucht hatten, durch einen Blitz auf der Stelle getötet.

Reichstags-Stimmungsbild.

SPD. Berlin, 3. Juli (Eig. Ber.)

Der Reichstag führte am Donnerstag die Beratung des Haushaltes für Versorgung und Ruhegehälter zu Ende.

Der deutschnationale Abgeordnete von Troile hatte die sonderbare Idee, zu verlangen, dass das Reichsministerium der Besetzten Gebiete in ein Ministerium für die Kriegsbeschädigten umgewandelt werde. Offensichtlich will der deutschnationale Oberst seinem Kriegskameraden Herrn von Treviranus einen Dauerposten verschaffen, sobald das Ministerium für die Besetzten Gebiete abgebaut wird. Herr von Troile, selbst ein Mann, der rund 9 000 Mark Pension bezieht, hatte den Geschmack, scharf gegen den sozialdemokratischen Antrag auf Pensionskürzung zu sprechen. Da er davon redete, dieser Antrag komme von Leuten, die stark nach der Futterkrüppe drängten, sieht man sich gezwungen, folgendes festzustellen: Herr von Troile hat neben seiner Reichspension von 9 000 Mark drei bis vierfach höhere Einkünfte aus einem Ziegelei- und Bergwerksbetrieb. Er sprach also sehr in eigener Sache, weil er von der Pensionskürzung betroffen werden würde. Es ist allerhand von der deutschnationalen Fraktion, dass sie ausgerechnet einen Grosspensionär bei dieser Gelegenheit vorschickt.

Überraschend war das Auftreten des Wirtschaftsparteilers Lucke. Seine Partei wettet überall im Lande gegen die unmässig hohen Bezüge der Grosspensionäre. Sie hat sogar schon einmal den Antrag auf Senkung der Pensionen gestellt. Jetzt aber, wo ein sozialdemokratischer Gesetzentwurf vorliegt, hat die Wirtschaftspartei auf einmal keine Lust mehr an der Sache. Herr Lucke meinte, jede Arbeit sei ihres Lohnes wert. Man dürfe die Grosspensionen, wenn Nebeninkommen und Privatvermögen vorhanden sei, nicht kürzen. Auch gegen eine Begrenzung der Pensionen auf höchstens 12 000 Mark hat Herr Lucke stark Bedenken. Es ist sehr lehrreich für die vielen notleidenden Mittelständler, die die Wirtschaftspartei wählen, wenn sie jetzt erfahren, dass diese Partei Pensionen von 20 000 und 25 000 Mark unbedingt für notwendig hält.

Selbstverständlich wandte sich der volksparteiliche Admiral Abgeordneter Brüninghaus ebenfalls gegen die sozialdemokratische Forderung auf Senkung der Grosspensionen. Der Demokrat Sparrer will sich die Stellung seiner Partei für die Ausschussberatungen vorbehalten. Keine klare Stellung nahm auch der bayerische Volksparteiler Loibl ein. Nur der bayerische Bauernbündler Eisenberger trat für den sozialdemokratischen Antrag ein. Er sprach wie immer unwüchsig und mit derbem Humor, sodass er trotz der Gluthitze das Haus zu fesseln vermochte. U.a. meinte Eisenberger, die Arbeiter würden erwerbslos, viele Bauern erlebten Zwangsversteigerungen, die Steuerbehörden holten ihnen die letzte Kuh aus dem Stall und viele Mittelständler gingen bankrott. Aber davon, dass ein Pensionär schon einmal seinen Konkurs habe anmelden müssen, habe man noch nicht gehört.

Der sozialdemokratische Gesetzentwurf für Pensionskürzung wurde dem Hausausschuss überwiesen. Eine sozialdemokratische Entschliessung, die Einsparungen im Versorgungsetat zum weiteren Ausbau der Versorgung zu verwenden, wurde gegen Kommunisten und Sozialdemokraten abgelehnt. Ebenso verfiel eine sozialdemokratische Entschliessung der Ablehnung, die Erhöhung des Fonds für Kapitalabfindung auf 90 Millionen fordert.

Weiterberatung Freitag.

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Der Sexualparagraph.

SPD. Der Eid soll im neuen Strafrecht abgeschafft werden. An seine Stelle tritt die feierliche Beteuerung. Die Rechtsfolgen einer Verletzung dieser feierlichen Beteuerung bleiben dieselben, ihre Anwendungen im Strafprozess ebenfalls. Auch unter der Herrschaft des neuen Strafrechts wird die feierliche Beteuerung in den Fällen angewendet werden und verletzt werden, in den vorzugweise Eide und Meineide geschworen worden sind. In einer sehr grossen Zahl von Meineidsfällen handelt es sich um Prozesse, die von Sexualbeziehungen ihren Ausgang genommen haben. Wer die Rechtsprechung verfolgt, der erkennt, welchen breiten Raum diese Meineidesprozesse einnehmen.

Ein Fall aus den letzten Tagen: Das Schwurgericht Bautzen hat in einer Sitzung zwei Meineidsprozesse hintereinander behandelt. Im ersten Fall ging es um die Beziehungen zwischen zwei Hausdienern und einer Kellnerin, aus der üblichen Alimenterklage war Meineid und Anstiftung zum Meineid hervorgewachsen. Die Kellnerin erhielt 1 Jahr drei Monate, der Hausdiener 1 Jahr Zuchthaus, bei drei Jahren Ehrverlust. Im zweiten Fall ging es um die Aussage einer verwitweten Arbeiterin im Ehescheidungsprozess eines Arbeiters. Der Anstifter zum Meineid erhielt zwei Jahre Zuchthaus, die Angestiftete ein Jahr Gefängnis. Es sind zwei ganz alltägliche Fälle, bei denen nur das eine bemerkenswert ist, dass der innere Zwang, der bei solchen Fällen, namentlich bei einfachen Leuten zum Meineid treibt, sehr stark ist, psychologisch ungleich stärker wirkt, als die ferne Zuchthausdrohung. Muss es auch unter dem neuen Strafrecht so weitergehen? Und dann, steht der Straf-Tarif auf Verletzung des Eides noch in irgend einem rationalen Verhältnis zu dem Strafmass, das heute gewohnheitsmässig die Gerichte bei anderen schweren Delikten anwenden? Körperverletzung, Raubüberfälle, viehische Roheitstaten werden im allgemeinen ungleich milder bestraft, als die Verletzung der Eidespflicht. Es ist keine Proportion mehr zwischen der allgemein milder gewordenen Strafpraxis und der Anwendung der vollen Strenge des Gesetzes gegen jene naiven und verworrenen Verhältnissen gedrückte Delinquenten, die gewohnheitsmässig in den Maschen der Meineidsjustiz zappeln.

Wenn zwei dasselbe tun, ist es nicht dasselbe.

Im bayerischen Landtag wurden unlängst zwei Fälle ausgesprochener Klassenjustiz vorgetragen, wie sie sich in so unverhüllter Form in der letzten Zeit wohl kaum mehr ereignet haben dürfen. Es handelt sich um zwei Anzeigen wegen Erpressung. Der eine Fall wurde in München abgeurteilt, der zweite in Kempten. Im ersten Falle war ein preussischer Amtmann a.D. und Geschäftsführer einer Aktiengesellschaft angezeigt. Er hatte von einem Telefonfräulein, das ihm versehentlich ein Ferngespräch mit vier statt mit drei Minuten berechnet hatte, nicht nur die zuviel erhobenen 50 Pfennig einverlangt, sondern hatte darüber hinaus noch 10 Mark für die Armenkasse gefordert, mit der Drohung, dass er sonst das Telefonfräulein dem Staatsanwalt übergeben würde. Das Mädchen zahlte, der Herr Geschäftsführer wurde nachträglich wegen Erpressung angeklagt, das Gericht aber stellte das Verfahren wegen Geringfügigkeit ein.

Im zweiten Fall war der Angeklagte ein Arbeiter. Er hatte einen ohne Licht durch eine Gruppe Arbeiter fahrenden Radfahrer angehalten und hatte dabei geäussert "Das kostet Dich 15 Mark". Die Anklage behauptet, der Arbeiter habe 15 Mark haben wollen, der Angeklagte jedoch meint, dass er 15 Mark Strafe gemeint habe. Der Angeklagte ist nicht vorbestraft. Vater von zwei Kindern,

ein fleissiger Mann mit gutem Leumund. Der Staatsanwalt beantragte 1 Jahr drei Monate Zuchthaus, das Gericht erkannte auf sechs Monate Gefängnis.

Der Herr Geschäftsführer hatte die erpressten 10 Mark erhalten, der Arbeiter hat tatsächlich kein Geld erhalten. Gegen den Herrn Geschäftsführer wird das Verfahren eingestellt, der Arbeiter wandert auf sechs Monate ins Gefängnis. Der eine ist eben Amtmann a.D. und Geschäftsführer einer Aktiengesellschaft, der andere Arbeiter. Mit Recht und Gerechtigkeit hat derartige Justiz nichts mehr zu tun!

Er hat von Hitler geträumt.

Wer kennt sie nicht, die schmalzige Geschichte aus dem Schullesebuch der alten Zeit: Da tritt mit leisen Schritten seine Majestät in das Lazarett, er nickt freundlich nach rechts und links den Verwundeten zu, dann heftet er einem sanft schlummernden Schwerverwundeten das Eiserne Kreuz auf die Brust, und der erwacht am anderen Morgen und weiss sofort, mein König war bei mir und stirbt sanft in der Seligkeit dieses Gefühls. Es gibt diese Geschichte in vielen Varianten, bald mit dem Landesvater, bald mit der Landesmutter, das Schmalz ist aber überall dasselbe. Nun gibt es auch eine Hitlervariante dieser Geschichte. Ort der Handlung das Krankenhaus, in dem ein bei einer Strassenkeilerei verwundeter Nationalsozialist liegt. Die Wunde schmerzt, aber er träumt seelig: "Ich sehe unsere Kolonne marschieren, sie ziehen an mir vorbei, immer weiter und weiter in blühendes deutsches Land - da werde ich geweckt: "Nun wie geht es unserem Verwundeten, noch Schmerzen? - Nein, ich habe von Hitler geträumt!" So zu lesen im nationalsozialistischen "Angriff". Da werden wir nun auch bald die Geschichte lesen, wie Hitler in den Krankenhäusern seine S.A. Leute besucht, hat doch seinerzeit Herr Goebbels schon geschildert, wie er als Führer ans Lager von Wessen trat!

Der Zweck dieser Schmalzgeschichten liegt offen zutage: Die Folgen des nationalsozialistischen Strassenterrors und des Rowdytums sollen mit einer sentimentalischen Gloriette von Heldentum umgeben werden.

Das Hakenkreuzseidel.

Vor einiger Zeit hatte ein findiger Stahlhelmgeschäftsmann in der Stahlhelmpresse ein Bierseidel angepriesen, das einen Stahlhelm aus massivem Neusilber als Deckel trug. Die Nationalsozialisten haben damals aus diesem Anlass den Stahlhelm mit Spott und Hohn überschüttet und ihr sächsisches Organ schrieb:

"Dieses Bierseidel ist diesen Stahlhelm und dieser Stahlhelm dieses Bierseidel wert. Schaufeln wir ein Grab, hier ruht der Stahlhelm, massives Neusilber, Verpackung frei. Schrottangebote an Meyer in Untertriebel."

Der Hohn von damals war nicht übel, aber nun lesen wir im "Völkischen Beobachter":

"Parteigenossen, Achtung, Parteilokale, Euren Schoppen trinkt Ihr von jetzt ab nur noch aus diesem Hakenkreuzgla. a) gepresste, gebrochene schwere Eckenseidel mit Schild, mit mehrfarbigem Hakenkreuzdekor, auf weissem Emaillegrund, roten Rand, b) Bierkantseidel, Kristall mit geschliffenem Boden mit demselben Dekor, Generalvertrieb J. Brix, Liegnitz."

Wer wird nun ein Grab schaufeln, wer wird nun hängen: dieses Bierseidel ist das Hakenkreuz und das Hakenkreuz dieses Bierseidel wert?

Aus aller Welt

Die "Bartholomäus-Nacht" von Mainz.

Die bestellten Separatistenverfolgungen - Rund um die Hakenkreuzschmach.

SPD. Mainz, 3. Juli (Eig. Ber.)

Der Rhein ist frei. Und schon regen sich an allen Ecken und Enden jene hurraschreienden Desperados, die alles getan haben, um durch ihre sinnlose Hetzpolitik die Befreiung von fremder Besatzung zu verzögern. Was sich in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag und in den Vormittagsstunden des Donnerstag in Mainz ereignet hat, war nicht der Ausbruch einer spontanen Erregung breiter Massen, sondern der ausgeklügelte Banditenstreich gewalttätiger Nationalisten, von denen die republikanische Bevölkerung von Mainz mit aller Entschiedenheit abrückt. Diese Jünglinge, die unter wildem Gebrüll durch die nächtlichen Strassen der alten Stadt zogen, glauben wahrscheinlich noch, mit ihren widerwärtigen Zerstörungsakten an Separatistengut eine höchst verdienstliche Tat vollbracht zu haben -, in Wahrheit sind die Mainzer Nationalsozialisten-Krawalle gegen ehemalige Separatisten ein scheusslicher Akt verdammenswerter Lynchjustiz.

Die "Schwarzen Listen".

In einem Lokal der Innenstadt, in dem sich die Mainzer Völkischen zu versammeln pflegen, war in den späten Abendstunden des Mittwoch Grossbetrieb. Hier wurde die ganze Aktion eingefädelt, die von den schwarz=weiss=roten Blättern in völliger Verdrehung der Tatsachen als Vergeltungskampagne der empörten Bevölkerung bezeichnet wird. Ganz überraschend brachen in später nächtlicher Stunde vier bis fünf Trupps in Stärke von je 200 Mann los und zogen unter Absingen blutrünstiger Hitler=Lieder durch die Mainzer Strassen. Jede Gruppe hatte ein besonderes Aktionsprogramm und führte sogenannte schwarze Listen mit sich. Ein grosser Teil der Unruhestifter war garnicht aus Mainz, die auswärtigen nationalsozialistischen Ortsgruppen hatten ihre schlagkräftigsten Rowdys auf Fahr= und Motorrädern zum Mainzer Separatistenpogrom geschickt. In den Zugangsstrassen versammelten sich nationalsozialistische Agitatoren, teils aus Wiesbaden, teils aus Köln und Frankfurt a/Main und hetzten in der verbrecherischsten Weise die Menge gegen tatsächliche und vermeintliche Separatisten auf. Eine ganze Anzahl Mainzer Bürger, die nicht das mindeste mit den Separatisten zu tun hatten, wurden in Mitleidenschaft gezogen.

Schlacht um Gastwirt Mück.

Das wilde Terrortreiben der Hakenkreuzbanden begann bei dem Gastwirt Mück in der Rheinstrasse. Mück ist ein bekannter Mainzer Gastwirt, dem gewisse rheinföderalistische Sympathien nachgesagt werden. Irgendwelche Verbindungen zu den Separatistenputschen von Dornen und Matthes hatte der Gastwirt jedoch nicht, schon hier wurde ein Unschuldiger von den Lynchhorden angegriffen. Ein 16jähriger Bengel mit dem Hakenkreuz beschimpfte Mück in der unflätigsten Weise als Vaterlandsverräter und separatistischen Schweinehund. Als Mück den Beleidiger aus seinem Lokal weisen wollte, drängte eine Bande von ca. 150 Männern und Frauen nach, die draussen auf das Stichwort gelauert hatte. Pflastersteine flogen durch die Schaufensterscheiben, mit Beilen und Aexten zertrümmerten die patriotischen Feiglinge die ganze Einrichtung der Wirtschaft. Ein elektrisches Klavier wurde buchstäblich auseinander genommen und dann zerstückelt auf die Strasse geworfen, sämtliche Gläser, Flaschen, Tische und Stühle zertrümmert. Der Wirt und seine Familie konnten sich nur durch die Flucht durch eine Hintertür

in Sicherheit bringen. Dabei wurde einer der Angreifer von Mück in der Notwehr schwer verletzt.

Die Flucht über die Dächer.

In einer anderen Strasse drangen die Demonstranten, nachdem sie die verschlossene Haustür mit Beilen und Eisenstangen aufgebrochen hatten, unter wildem Ruchgeschrei in die im dritten Stock gelegene Wohnung eines Mainzer Kaufmanns ein, der erst seit kurzer Zeit in der Stadt wohnt und an den separatistischen Umtrieben des Jahres 1923 gar nicht beteiligt gewesen sein kann. Die töbeln Gesellen holten den Mann und seine Familie aus dem Bett und schlugen die ganze Wohnungseinrichtung kurz und klein. Der verfolgte Kaufmann und seine Angehörigen konnten sich nur, notdürftigst bekleidet, durch eine Flucht über die Dächer vor den wildgewordenen Nationalisten retten. Ein Trupp von 20 Mann folgte dem unglücklichen Mann nach und versuchte, seiner habhaft zu werden. Zum Glück gelang es dem Kaufmann und seinen Angehörigen, im Dunkel der Nacht zu entkommen. Einem Angestellten, der im ersten Stock eines Mietshauses mitten im Zentrum wohnt, erging es beinahe noch schlimmer. Hier kamen die Terroristen durch den Hinterhof, setzten eine Leiter an, zerschlugen die Fensterscheiben und drangen zerstörend und plündernd in die Wohnung ein. Der Mann konnte sich nur durch schleunigen Sprung aus dem Fenster in Sicherheit bringen, die herbeigeeilte Polizei nahm ihn in Schutzhaft, sonst wäre er von den Rowdys glatt gelyncht worden.

Völkische "Totenhemdchen".

Die Inhaber der Waggonfabrik Gebrüder Castell, die mit den Separatisten nichts zu tun hatten, wurden ebenfalls die Opfer der nationalistischen Ausschreitungen. Ihre Villa wurde nachts gegen drei Uhr von einem etwa 50 Mann starken Trupp überfallen und total verwüstet. Die zum Teil sehr wertvolle Einrichtung wurde zerschlagen, was das Gesindel nicht zertrümmern konnte, nahm es mit. Die Brüder Castell hatten sich schon vorher in Sicherheit gebracht, sodass die Attentäter nicht voll auf ihre Kosten kamen.

Mit welchen Mitteln die Macher dieser "Bartholomäusnacht" gearbeitet haben, beweist die Tatsache, dass man zwei bekannten Mainzer Aerzten, denen Beziehungen zu den Separatisten nachgesagt werden, Miniaturtotenhemden und kleine Pappsärge ins Haus schickte. Diese beiden Aerzte, denen die Demonstranten in nicht misszuverstehender Absicht einen Besuch abstatteten, hatten sich vorher in Sicherheit gebracht, allerdings wurden ihre Wohnungen völlig verwüstet.

Die Nationalsozialisten planen für die nächsten Tage eine verstärkte Fortsetzung ihres frevelhaften Treibens. Sie beabsichtigen, den nationalistischen Mob aus dem ganzen Rheinland in den befreiten Städten zusammen zu ziehen und, nachdem sie ihren Mut an vermeintlichen und tatsächlichen Separatisten gekühlt haben, nun auch diejenigen heranzugehen, denen allein das Verbleiben des Rheinlandes beim Mutterland zu verdanken ist. Schon ist es vereinzelt zu Ueberfällen auf sozialistische Funktionäre gekommen. Es scheint höchste Zeit, dass die Polizei dem verbrecherischen Gesindel mit aller Energie zu Leibe geht.

Eine Million Radioröhren verbrannt! Im Lager einer Importfirma in Surabaya (Holländisch-Indien) brach ein Grossfeuer aus; etwa eine Million Radioröhren wurden vernichtet. Der Schaden, der sich auf eine Million Goldgulden beläuft, ist durch Versicherung gedeckt.

Wer ermordete Mrs. Prendergast?

Verbrechen an einer Sechzigjährigen - Das verzauberte Haus - Ein seltsamer Besucher.

Mistress Prendergast stand in einem sonderbaren Rufe. Alle Bewohner der London nahegelegenen Stadt Brighton hielten die reiche alte Dame für die vorrückteste Untertanin seiner britischen Majestät. Sie bewohnte ein einsames Haus drassen am Rande der Stadt. Niemals ging sie aus, nie empfing sie einen Brief, nie las sie eine Zeitung. Kein Fremder war je hinter die Geheimnisse der kleinen Villa der Mistress Prendergast gedrungen. Man sagte, die einzige Lektüre der alten Frau seien Kriminalromane und Erbauungsbücher.

Vor vielen Jahren war in dem Nachbarhaus ein Mord passiert, Ein junges Mädchen, Miss Wood, war von einem unbekanntem Verbrecher während der Nacht überfallen und ermordet worden. Seit diesem Tage ging Mistress Prendergast nicht mehr aus dem Hause. Die Fenster der Wohnung wurden mit dicken Eisenstäben vergittert, alle Bestellungen erfolgten telefonisch, alle Waren mussten an der Tür in einen Kasten gelegt werden. Man klingelte, der Kasten wurde durch ein Schießfenster ins Innere des Hauses gezogen, seines Inhalts entleert und dann mit dem verlangten Geld zurückgeschoben.

Jahrelang hatten die Bewohner Brightons die alte Frau nicht mehr zu Gesicht bekommen. Vor einigen Wochen vollzog sich jedoch eine plötzliche Aenderung in dem sonderbaren Verhalten der Mistress Prendergast. Es war an einem schönen, sonnigen Mainachmittage, als ein elegantes Auto vor dem Hause der alten Dame hielt. Ihm entstieg ein Mann in mittleren Jahren. Er trug einen karierten Anzug und eine Reiseumütze. Ein mächtiger, nach aufwärts gezwirbelter Schnurrbart zierte das wenig sympathische Gesicht des Unbekannten. Er schritt auf das Haus zu, klingelte und rief ein paar Worte. Die Tür öffnete sich - zum ersten Male seit über einem Jahrzehnt - und der Fremde trat ein. Zur größten Überraschung der Nachbarn verliess eine halbe Stunde später eine in einem dichten Schleier gehüllte Dame zusammen mit dem Herrn im karierten Anzug die Villa. Die beiden stiegen in das Auto und fuhren davon. Spät in der Nacht kam Mistress Prendergast - sie war ohne Zweifel die Dame im Schleier - zurück, während ihr Gefährte im Auto davonfuhr. Mehrere Wochen dauerten zur Verwunderung der Brightoner diese seltsamen Vorgänge. Pünktlich gegen drei Uhr nachmittags erschien täglich der Fremde, holte Mistress Prendergast ab und brachte sie gegen Mitternacht wieder zurück. Die Bewohner der Stadt zerbrachen sich den Kopf: war der Unbekannte ein Verwandter, war er ein Jugendfreund oder gar der Gatte der Mistress Prendergast? Die Neugierigen kamen nicht auf ihre Kosten. Man erfuhr nicht das geringste von dem Geheimnis der alten Dame. Die Leute waren schon daran, sich in das Unvermeidliche zu fügen, als ein neues Ereignis die Aufmerksamkeit der Bewohner der Stadt Brighton hervorrief.

Eine der Hauptstrassen der Stadt ist die Saint-James-Allee. Hier machten Passanten eines morgens gegen 4 Uhr eine grausige Entdeckung. Hinter dem Gebüsch der Anlagen versteckt lag der Körper einer Frau. Es war eine alte Dame von etwa sechzig Jahren, weisshaarig, in einfacher schwarzer Kleidung. Die Frau war tot, ein Revolverschuss in die Schläfe hatte ihrem Leben ein Ende gemacht. Wer war die Ermordete? Niemand wusste es zunächst, niemand hatte die alte Dame je in Brighton gesehen. Seltsamerweise war von diesem Tage an keine Spur mehr von Mistress Prendergast zu finden. Am Nachmittage vorher hatte man sie noch zusammen mit dem Unbekannten gesehen. Am Morgen antwortete niemand, als die Milchfrau und die übrigen Lieferanten am Hause klingelten. War die Tote etwa Mistress Prendergast? Es stellte sich bald heraus, dass diese Vermutung auf Wahrheit beruhte. Die Polizei machte eine Haussuchung in der Wohnung der alten Dame. Man fand eine Riesenbibliothek von Kriminalromanen, mehrere Dutzend

von Erbauungsbüchern, zwei Gewehre und sieben scharf geladene Revolver. Von der Bewohnerin war keine Spur zu entdecken. Nach einer Reihe von Bildern liess sich ermitteln, dass die ermordete Frau aus der Saint=James=Allee tatsächlich mit Mistress Prendergast identisch war. Und der Mörder? Er wird augenblicklich von der Polizei ganz Englands gesucht.

Dass der unbekannte Mann, der die alte Dame täglich abholte, mit der Tat in Zusammenhang steht, ist sicher. Der Fremde ist seit dem Mordtage spurlos verschwunden. Verschwunden auch ist ein grösserer Geldbetrag, den Frau Prendergast in ihrer Kassette aufbewahrte. Wer ist überhaupt der Mann im karierten Anzug? In welchen Beziehungen stand er zu der Ermordeten? Das sind die Fragen, mit denen sich zur Zeit die besten Kriminalisten Englands beschäftigen. Dass dieses geheimnisvolle Verbrechen seine Aufklärung finden wird, ist wahrscheinlich. Aber man darf nicht vergessen, dass es auch für die bestorganisierte Polizei der Welt, die englische, gewisse Grenzen gibt. Gerade in der letzten Zeit konnten in einer Anzahl von sensationellen Morden die Täter nicht ermittelt werden. Scotland Yard hat Zeit. Einmal verrät sich auf der raffinierteste Verbrecher. Früher oder später.

+ + +
Sühne für Delmenhorst? Vor den Geschworenen des Oldenburger Gerichts beginnt am Freitag die Verhandlung gegen den Maurer Franz Martin aus Bremen, den Gärtner Robert Möhrke aus Bremen und den Klempner Heinrich Seekamp aus Offenbach, die am 28. November 1913 zwei Boten der Jutespinnerei in Delmenhorst überfallen und um 8 5 00 Mark beraubt, ausserdem einen Wächter erschossen haben. Die Täter waren seinerzeit flüchtig geworden. In den ungerichtfertigten Verdacht der Schuld waren Adolf Lehing aus Oldenburg und die beiden Brüder Schmidt geraten, die nach viertägiger, zum Teil sehr leichtfertiger Verhandlung durch das Oldenburger Schwurgericht zu 14 Jahren Zuchthaus verurteilt worden sind. Erst nach 7 Jahren wurden sie auf freien Fuss gesetzt. Selbst die Strafvollzugsbehörde war mittlerweile wankend geworden, zumal die unschuldig Verurteilten einen leidenschaftlichen Kampf um die Wiederaufnahme des Verfahrens führten. Im November 1929 erfolgte dann auf Grund merkwürdiger Umstände die Aufklärung.

+ + +
Eisenbahnkatastrophe in Italien. In Sasso nahe Bologna stiess infolge falscher Weichenstellung ein Personenzug aus Mailand auf einen Güterzug auf. Die Lokomotive sprang aus den Schienen. 15 Passagiere wurden getötet, 30 zum Teil sehr schwer verletzt. Der schuldige Weichensteller ist geflüchtet.

+ + +
Schiesserei im Gefängnis. Ein in das Amtsgefängnis Traben=Trarbach eingelieferter Schwerverbrecher verletzte einen Gefängniswärter durch einen Schuss in den Bauch und in die Lunge. Bei dem Versuch, den Verbrecher zu überwältigen, wurde der Sohn des Verletzten von einer Revolverkugel am Arm gestreift. Der Verbrecher flüchtete dann in den Keller des Gefängnisses und drohte auch auf die ihm nacheilenden Polizeibeamten zu schießen. In der Notwehr griffen die Beamten ebenfalls zur Waffe. Sie machten den Verbrecher durch einen Schuss in den Rücken kampfunfähig.

+ + +
Keine Haftentlassung Frenzels. Der neue Antrag auf Haftentlassung des wegen Blutschande zu anderthalb Jahren Zuchthaus verurteilten Amtsvorstehers Frenzel aus Bornim bei Potsdam ist vom Potsdamer Landgericht, das den Fall demnächst im Berufungsverfahren verhandeln wird, abschlägig beschieden worden. Die unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Dr. Hellwig tagende Kammer kam zu diesem negativen Beschluss, weil nach ihrer Meinung Verdunklungsgefahr vorliege.

+ + +

Panik in der Tabakfabrik. In der Zigarettenfabrik Abdulla in Berlin-Johannisthal erkrankten am Donnerstag mittag mehrere Arbeiterinnen an vergiftungsähnlichen Erscheinungen, da sich die dem Tabak entströmenden Dämpfe infolge des heissen Wetters anormal stark entwickelt hatten. Eine Arbeiterin fiel ohnmächtig zu Boden, erschreckt rief eine neben ihr stehende Kollegin: "Au weiah!" - die gesamte Belegschaft verstand aber "Feuer!" und drängte in angsterfüllter Hast ins Freie. Erst nach einer ganzen Weile bemerkten die 150 Arbeiter und Arbeiterinnen der Fabrik, dass der Alarm ein Missverständnis und die Aufregung umsonst war. Man kehrte in den Betrieb zurück, in dessen Packraum 18 Arbeiterinnen ohnmächtig auf dem Boden lagen. 12 Arbeiterinnen hatten Herkrämpfe bekommen und musste in das Krankenhaus überführt werden.

Schreckensszene im Löwenkäfig. In dem zurzeit in Stuttgart gastierenden Zirkus Sarrasani kam es in der Nacht zum Donnerstag zu einem schweren Unfall, als nach Schluss der Vorstellung der Dompteur Wesely noch einen Dressurversuch im Löwenkäfig machen wollte. Wesely wollte in eine bereits dressierte Gruppe von acht Löwen die noch nicht eingeübte anderthalbjährige Löwin Romana eingliedern. Romana zeigte sich aber widerspenstig und als Vesely ihr mit der Peitsche drohte, stürzte sie sich auf den Dompteur, schlug ihn mit der Pranke auf die rechte Schulter und biss ihn in den Arm. Vesely taumelte blutüberströmt an das Gitter, verlor das Bewusstsein und brach zusammen. Ein zweiter Dompteur erkannte die grosse Gefahr, sprang mit Peitsche und Revolver bewaffnet von aussen über das Gitter in die Manege, drängte Romana und die anderen Löwen in eine Ecke und ermöglichte es, dass Vesely ohne weitere Gefährdung abtransportiert werden konnte. Der verletzte Dompteur wurde ins Krankenhaus überführt, wo er ziemlich schwer verletzt dauerniederliegt. Bis zu seiner völligen Wiederherstellung dürfte längere Zeit vergehen.

Voronoff schafft den Uebermensch. Der bekannte Vergüngungsprofessor Voronoff, der zur Zeit nicht mehr an der Riviera, sondern in Japan arbeitet, erklärte, dass er die perative Möglichkeit entdeckt habe, durch Einpflanzung einer dritten Drüse in junge männliche Tiere deren Zeugungskraft, Wachstum und Wohlbefinden in wesentlicher Weise zu verstärken. Entsprechende Experimente bei Kleintieren sollen restlos gelungensein. Durch eine entsprechende einfache Operation müsse es auch möglich sein, eine Art Uebermensch zu schaffen. "Der Uebermensch der Zukunft wird grösser, ausdauernder geistig regsamer und langlebiger sein als der Mensch von heute.

Ein riesiger Waldbrand. In der Oranienbaumer Heide Dessau sind mehrere hundert Morgen Hochwald, die erst dieser Tage in den Besitz des Staates übergegangen sind, niedergebrannt. Das Riesenfeuer übersprang sämtliche zur Abriegelung des Brandes gezogenen Gräben. Das Heer der Helfer musste vor dem in gewaltigen Tempo vordringenden Flammenmeer förmlich die Flucht ergreifen.

Mr. Fokker ohne Führerschein. Das Handelsamt in Washington verurteilte den berühmten Flugzeugkonstrukteur Fokker zu einer Geldstrafe von 500 Dollar. Es hat sich herausgestellt, dass Fokker, der bereits seit mehr als 20 Jahren fliegt, noch nie einen Pilotenschein besessen hat.

"D.2000" am Rhein! Am 4. Juli wird das Grossflugzeug "D.2000" von Dessau nach Köln fliegen und von dort aus weiteren rheinischen Städten einen "Befreiungsbesuch" abstaten.



Gewerkschaftliche Rundschau

Genfer Nachlese.

SPD. Die an spannenden Momenten reiche 14. Internationale Arbeitskonferenz in Genf ist vorüber. Mancher Uneingeweihte, der die schönen Prinzipien-erklärungen und Versprechungen der Begrüßungsansprachen allzu ernst nahm, wird vom Verlauf der Verhandlungen enttäuscht worden sein.

Manches war recht wenig erfreulich, so die Stellungnahme der deutschen Regierungsdelegation in der Frage der Kohlenkonvention und die der britischen Regierungsvertreter in der Arbeitszeitfrage der Angestellten wie in manchen Punkten der Zwangsarbeitsfrage. Mehr als eigenartig war die Haltung der Unternehmer. Zum zweiten Mal gab es in Genf einen Auszug der Arbeitgebervertreter aus einer Kommission, woraus man schliessen kann, dass das Unternehmertum auf den internationalen Arbeitskonferenzen nunmehr eine andere Taktik einschlagen will. Anscheinend besteht bei ihm die Absicht, jetzt in den einzelnen Ländern die Front des Widerstands gegen die Ratifikation internationaler Übereinkommen noch durch den Hinweis zu verstärken, dass bei bestimmten Übereinkommen eine Mitarbeit der Arbeitgeber in Genf selbst nicht stattgefunden habe. Man wird gut tun, die Haltung der Arbeitgeberpresse in dieser Frage etwas genauer zu beobachten.

Trotz allem Unerfreulichen kann man jedoch nicht behaupten, dass die Arbeitskonferenz ohne Erfolg gearbeitet habe. Ihr Ergebnis sind zwei neue Übereinkommen: das Verbot der Zwangsarbeit für Eingeborene und das über die internationale Regelung der Arbeitszeit der Angestellten. Bei allem kritischen Vorbehalt gegenüber den Einzelheiten dieses Einkommens kann man sie immerhin als Fortschritt begrüßen. Mit ihnen ist die Zahl der internationalen Übereinkommen auf 30 gestiegen.

Auf dem Gebiet des Arbeitszeitschutzes sind nunmehr vier verschiedene Übereinkommen vorhanden: das über den Achtstundentag in gewerblichen Betrieben, das Verbot der Nachtarbeit in Bäckereien, der wöchentliche Ruhetag und jetzt der Achtstundentag für Angestellte. Es wäre zu wünschen, dass nunmehr bald diese verschiedenen Arbeitsübereinkommen auch in Deutschland ratifiziert werden. Das Gesetz für bedingungslose Ratifikation des Achtstundentages ruht zur Zeit in den Aktenschränken des Reichsrats. Soll es ewig dort ruhen? Erst Ratifizierung schafft internationales Arbeitsrecht in den einzelnen Staaten. Hier liegt für die Angestelltenorganisationen, die in Genf an dem Zustandekommen des Übereinkommens über die Arbeitszeit der Angestellten mitgewirkt haben, eine recht dankenswerte Aufgabe. Tempo, mehr Tempo in der Ratifizierung!

Das Arbeitszeitübereinkommen für den Kohlenbergbau ist in Genf leider auf der Strecke liegen geblieben. Zu der Obstruktion der Arbeitgebervertreter gesellte sich hier noch in letzter Stunde der Widerstand der deutschen Regierung. Der frühere Reichsarbeitsminister Dr. Brauns hat diesen Widerstand in einer Darlegung vor der Berliner Presse zu rechtfertigen versucht. Die ihm nahe stehenden politischen Kreise mag er überzeugt haben; restlos durchschlagend sind die von ihm vorgebrachten Argumente nicht. Es lag für die deutsche Regierung kein zwingender Anlass vor, sich in dem Augenblick, in dem die Unternehmer sich an einer Überstundenregelung desinteressiert gezeigt hatten, so stark dafür einzusetzen, dass die Konvention dadurch nicht zustande kam. Einstweilen ist also die internationale Regelung der Arbeitszeit für die Kohlenbergleute

um ein Jahr verschoben. Hoffentlich kommt im nächsten Jahr das Übereinkommen in verbesselter Form zustande. Dann hätte die Vertagung wenigstens einen Zweck

Einen grossen Raum der Tagung nahm die Diskussion über den Bericht des Direktors ein. Mehr als 40 Vertreter haben dazu das Wort ergriffen. Der Höhepunkt in der Antwort Albert Thomas' auf den Ansturm der Kritiker lag in der Prüfung der Ergebnisse der bisherigen zehnjährigen Tätigkeit des Internationalen Arbeitsamtes. Er verwies auf die wachsende Zahl der Übereinkommen und die ständig verbesserte Überwachung der Durchführung. Trotzdem - bekannte er freimütig - sei er nicht zufrieden. Die Staaten müssten aktiver werden. Viel zu viel rechtliche, verfassungsmässige und wirtschaftliche Gründe würden als Einwände gegen Ratifizierung angeführt. Warum so viele Bedenken im Namen der staatlichen Hoheitsrechte? Wenn einzelne Übereinkommen angeblich den Verhältnissen einzelner Staaten nicht gerecht würden, warum hätten dann diese Staaten das nicht an den Ausschüssen oder im Plenum der Konferenz zum Ausdruck gebracht. Habe man nach aussen nur den Schein der Demokratie wahren wollen mit der bestimmten Absicht, später nicht zu ratifizieren? Aufrichtigkeit sei erstes Erfordernis im internationalen Leben.

Mutig betonte Thomas das Recht der Internationalen Arbeitsorganisation auf Beteiligung an all den Verhandlungen und Verträgen, die über soziale Fragen irgendwo in der Welt geführt und abgeschlossen werden. Sie dürfe nicht dulden, bei der Regelung der grossen sozialen Probleme irgendwo in der Welt beiseite gelassen zu werden. Diese freimütige Forderung des Direktors nach allseitiger ausgedehnter Betätigung der I.A.O. auf dem weiten Gebiet der internationalen Sozialpolitik richtete sich gegen alle die Kreise, die vor allem darauf bedacht sind, Zuständigkeitsfragen aufzurollen, um die Bewegungsfreiheit und Entwicklungsmöglichkeit des Internationalen Arbeitsamtes einzudämmen.

Anregung zu neuen Aufgaben brachten dem Amt u.a. auch vier von der Konferenz angenommene Entschliessungen, von denen vor allem die des deutschen freigewerkschaftlichen Arbeitnehmervertreters Hermann Müller-Lichtenberg über internationale Auswertung der Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten sowie die Entschliessung des japanischen Arbeitnehmervertreters Susuki über das Recht der beruflichen Vereinigung Erwähnung verdienen. Die ausserordentlich wichtige und grundlegende Frage des Berufsvereinerungsrechts wurde bereits 1928 auf der Arbeitskonferenz behandelt. Sie soll auf Grund der genannten Entschliessung in absehbarer Zeit endgültig geregelt werden.

SPD. Die Jubiläumsfeier des Fabrikarbeiterverbandes, die dieser Tage in Hannover stattfand, nahm einen würdigen Verlauf. Der Rückblick auf 40 Jahre Kampf und Aufstieg der Fabrikarbeiter wurde für die Jungen zu einem erhebenden Erlebnis und für die Alten, die den Kampf der Paria der Industriearbeiter mitkämpften und miterlebten, zu einem mit Gemugtuung erfüllenden Schauspiel. Schon rein äusserlich trat bei der Jubiläumsfeier der Fortschritt der Fabrikarbeiter in sozialer und kultureller Geltung zutage: in dem engen dunklen Ballhofsaal hatte die Gründungsversammlung stattgefunden, in dem weiten, schönen Kuppelsaal der Stadthalle nahm die Jubiläumsfeier ihren Anfang.

Vor 40 Jahren, führte August Brey, der Verbandsvorsitzende, in seiner Festansprache aus, bekannten sich 2000 Fabrikarbeiter in 2 Dutzend Orten Deutschlands zu dem Gedanken, am Bau eines Verbandes der Fabrikarbeiter mitzuwirken. In Hannover nahm der Plan festere Formen an. Heute zählt der Verband 514 Zahlstellen und 409 532 Mitglieder, davon 102 564 weibliche. Dieser Mitgliederbestand wird vertreten von 41 Gauleitern, 10 Branchenleitern, 350 Zahlstellenangestellten, dem Vorstand des Keramischen Bundes und dem Hauptvorstand. Dazu kommt der grosse Stab von Vertrauensleuten, die freiwillig und fast unentgeltlich im Dienst des Verbandes arbeiten. All den treuen und unermüdeten Kämpfern für die Sache der Fabrikarbeiter Dank und Gruss! Allen, die den heu-

tigen Jubeltag erkämpft haben, aber nicht miterleben konnten, stilles Gedenken!

Für die Fabrikarbeiter trat am 28. Juni 1890 ein Kongress der Fabrik- und nichtgewerblichen Arbeiter in Hannover zusammen. "Nichtgewerblich" war gedacht als Gegensatz zu den Berufsarbeitern, die eine handwerksmässige Ausbildung durchgemacht hatten. Bei den Berufsverbänden stiess die Fabrikarbeiterorganisation anfangs auf Schwierigkeiten. Unternehmer, Polizei und Gerichte wetteiferten in Schikanen und Plackereien gegen den Verband. Massregelungen und schwarze Listen vervollständigten die durch die früheren Machthaber geschaffenen künstlichen Hindernisse. Trotz alledem aber sind wir gross und stark geworden. Im vergangenen Jahr waren wir Träger von 703 Mantel- und 1709 Lohnverträgen. In den letzten 5 Jahren haben wir 5 238 000 Mark Streik- und Massregelungsunterstützung gezahlt. Die Arbeitslosenunterstützung erforderte im vergangenen Jahr 3 200 000 Mark. An Krankenunterstützung wurden 2 829 000 Mark gezahlt. Bei aller Bescheidenheit blicken wir heute mit Stolz auf das von armen Proletariern mühsam aufgebaute Werk des Verbandes und wir geloben, alles zu tun, damit der Verband noch weiter an Kraft und Einfluss wächst.

Vor dem Beginn des Jubiläumsfestaktes im grossen Saal des Volksheims be-
sichtigten die von auswärts gekommenen Gewerkschafter das neue Verbandshaus
am Rathenau-Platz, das mit seinen schönen, hellen Räumen eine ideale Arbeits-
stätte des Fabrikarbeiterverbandes darstellt. Im Volksheim hatten sich zahl-
reiche Gäste aus dem Reich und aus dem Ausland zur Feier eingefunden. Grass-
mann, der die Fabrikarbeiter im Namen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschafts-
bundes beglückwünschte, wies darauf hin, dass der Verband wohl das schwierig-
ste Arbeitsgebiet aller Gewerkschaften zu beackern gehabt habe. Die Organisa-
tion habe jedoch Glück gehabt, sie habe rechtzeitig ihren richtigen Führer
gefunden. Mit dem Namen Brey sei ein gut Teil der Erfolge des Verbandes verbun-
den. Die Jubiläumstagung müsse ein Ansporn zu neuem Zusammenraffen der Kräfte
sein, denn neue Gefahren seien im Anzug. Wenn nur ein Teil der Gerüchte wahr
sei, die zur Zeit in Berlin umliefen, dann würden die Gewerkschaften vielleicht
eine noch grössere Aufgabe bekommen als in den Märztagen 1920.

SPD. Im mitteldeutschen Steinsetz- und Strassenbaugewerbe versuchen jetzt
ebenfalls die Unternehmer die Arbeiterschaft gewaltsam unter schlechtere
Arbeits- und Lohnbedingungen zu pressen. Ihr Verband hat den Tarifvertrag ge-
kündigt und tiefeinschneidende Verschlechterungen gefordert. Während noch
die Verhandlungen schweben, legen die Unternehmer den Arbeitssuchenden Rever-
se zur Unterschrift vor, wonach diese sich verpflichten sollen, zu bedeu-
tend schlechteren Bedingungen die Beschäftigung aufzunehmen.

Für eine solche Unterschrift darf sich kein Arbeiter hergeben. Bevor er
im mitteldeutschen Steinsetz- und Strassenbaugewerbe Arbeit annimmt, muss
er sich vergewissern, ob die bisherigen Lohn- und Arbeitsbedingungen von dem
Unternehmer noch beobachtet werden. Die Steinsetzfirma Hermann Bär in Bitter-
feld, die im Reversunfug an der Spitze marschiert, gilt deshalb bereits als
gesperrt.



Die drohende Schweinekrise.

(Grund übermässige Produktion und abgesunkene Kaufkraft.)

SPD. Das Reichsernährungsministerium ist dazu übergegangen, die Auswertung der Schweinezählungsergebnisse durch einen Sachverständigenausschuss vorzunehmen, in dem die berufenen Vertreter der Landwirtschaft und die Stellen vertreten sind, die sich mit Marktbeobachtung, Markt- und Konjunkturforschung und Statistik auf dem Gebiet der Fleischproduktion und Viehwirtschaft befassen. Man hat mit der Auswertung der Schweinezählung vom 2. Juni 1930 den Anfang gemacht.

Das Ergebnis der Schweinezählung vom Juni 1930, die besonders eine Zunahme der Zuchtsauen ergab, ist von dem Sachverständigenausschuss zu folgenden Schlussfolgerungen verarbeitet worden: "Bis zum Herbst dürfte die Marktbeschickung zwar stärker sein als in dem gleichen Zeitraum des vergangenen Jahres, jedoch dürfte sie noch immer hinter der vom Juni/September 1928 zurückbleiben. Da ausserdem in diesen Monaten eine saisonmässige Belebung des Schweinemarktes zu erfolgen pflegt, wird in diesem Zeitraum die Absatzlage voraussichtlich verhältnismässig günstiger sein als in den späteren Monaten. Die starke Zunahme der Ferkel gegenüber dem Vorjahr (um rund 1/4 des Bestandes) und noch mehr die Steigerung der Zahl der trächtigen Sauen lassen in Verbindung mit dem Rückgang der Rentabilität der Schweinemast weiter sinkende Ferkelpreise erwarten. Vom Herbst ab ist infolge einer von Monat zu Monat stärker werdenden Marktbeschickung mit sinkenden Preisen auf dem Schweinemarkt zu rechnen und zwar so, dass im Frühjahr 1931 ein Angebot befürchtet werden muss, das etwa dem des Frühjahrs 1928, also einer Zeit stärksten Preiszusammenbruchs entspricht. Diese Befürchtungen sind deshalb besonders begründet, weil bereits gegenwärtig bei verhältnismässig geringem Angebot die Schweinepreise infolge der verminderten Kaufkraft der verbrauchenden Bevölkerung und dadurch bedingter geringerer Nachfrage wesentlich niedriger sind als sie nach dem Stand der Schweinehaltung an sich sein müssten."

Auf Grund dieser voraussichtlichen Entwicklung der Verhältnisse am deutschen Schweinemarkt ergeben sich für den Schweinehalter folgende Richtlinien: "1.) Je früher und je leichter die Schweine auf den Markt gebracht werden, desto besser die Verwertung, denn je weiter die Zeit fortschreitet, desto ungünstiger werden die Absatzmöglichkeiten, zumal sich der Absatz besonders für Fettschweine fortdauernd verschlechtert. 2.) Wer über seinen normalen Bestand hinaus Ferkel neu zur Mast aufstellt, geht also ein grosses Risiko ein. Er muss bedenken, dass die Marktverhältnisse Anfang nächsten Jahres denkbar ungünstig sein werden, wenn der vorhandene und im nächsten Monat zu erwartende Ferkelbestand voll zur Ausmästung gelangt. 3.) Besonders scharfe Kalkulation ist allen Betrieben anzuraten, die ausländische Futtermittel zukaufen müssen, da in vielen Betrieben unverwertbare Ueberschüsse an wirtschaftseigenen Futtermitteln eine Vermehrung der Schweinehaltung auch bei ungünstigen Preisen zu erzwingen drohen. 4.) Den Schweinezüchtern ist dringend zu raten, in den nächsten Monaten mit Rücksicht auf die zu erwartenden niedrigen Ferkelpreise bei der Zulassung der Sauen grösste Zurückhaltung zu üben."

SPD. Die Jahresversammlung der Studiengesellschaft für Automobilstrassenbau in Danzig fasste einstimmig eine Entschliessung, in der es u.a. heisst: Die krisenhafte Unterbrechung des deutschen Strassenbaus trifft ebenso die normal notwendige Strassenunterhaltung wie den planmässigen Ausbau Die "Stufa" (Studiengesellschaft für Automobilstrassenbau) hält es für unbedingt erforderlich, dass der Wegebau auch unter Zuhilfenahme von Anleihemitteln jeder Art unter möglichst günstigen Bedingungen gefördert wird und zwar in solchem Ausmasse, dass gegenüber der Bautätigkeit in den vergangenen Jahren eine erhöhte Ausbautätigkeit erfolgen kann." Ausserdem wird gefordert, dass nicht nur das Aufkommen aus der Kraftfahrzeugsteuer, sondern auch das aus den Mineralölzöllen und -steuern, soweit sie von den Kraftfahrzeughaltern aufgebracht werden, restlos dem Strassenbau zufliesst.

SPD. Wie das Reichsfinanzministerium mitteilt, ergibt sich für den Monat Mai bei 440,7 Millionen Mark Einnahmen und 613,7 Millionen Mark Ausgaben ein Fehlbetrag von 173 Millionen Mark. Das Gesamtdefizit im ordentlichen Haushalt beträgt damit 522,1 Millionen Mark, wovon 465 Millionen Mark Fehlbetrag aus den Vorjahren sind, Im ausserordentlichen Etat liegt für den Monat Mai ein Ueberschuss von 177,3 Millionen Mark und für die Monate April und Mai, die ersten beiden Monate des laufenden Rechnungsjahrs, ein Ueberschuss von 167 Millionen Mark vor. Der Fehlbetrag aus dem Vorjahr macht 771 Millionen Mark aus. Durch den Ueberschuss im neuen Jahr wird der alte Fehlbetrag auf 604,7 Millionen Mark reduziert.

Der Gesamtfehlbetrag macht demnach 1126,8 Millionen Mark aus. Die schwebende Schuld hat sich in der Zeit von Ende April bis Ende Mai von 1541,4 Millionen auf 1479 Millionen Mark verringert.

SPD. Die Neugruppierung in der deutschen metallverarbeitenden Industrie ist vollzogen worden. Die Bedeutung des Schritts geht u.a. daraus hervor, dass das neue Unternehmen mehr als ein Viertel des deutschen Kupferimports verarbeitet. Nach den Abmachungen zwischen dem Frankfurter Metallkonzern und der Berg-Heckmann-Selve A.G., an der über die Viag auch das Reich beteiligt ist, wird die Berg-Heckmann-Selve die Verarbeitungsbetriebe des Frankfurter Metallkonzerns übernehmen, die in der Hedderheimer Kupferwerke und Süddeutsche Kabelwerke G.m.b.H. zusammengefasst sind. Das neue Unternehmen wird den Namen Vereinigte Metallwerke A.G. führen. Das Kapital der Berg-Heckmann-Selve wird von 20 auf 10 Millionen Mark zusammengelegt. Diese 10 Millionen Mark übernimmt der Frankfurter Metallkonzern. Dann werden neue Aktien geschaffen, die ein Bankkonsortium zu Paris übernimmt. Insgesamt wird das neue Unternehmen mit einem Kapital von 30 Millionen Mark arbeiten.

SPD. Das Preussische Statistische Landesamt teilt über den Stand der Ernte im Anfang Juli folgendes mit: "Die Blüte des Wintergetreides ist noch überall gut verlaufen, dann aber hat die anhaltende Dürre die Halmfrüchte, insbesondere die Sommerung, stark in der Entwicklung gehemmt. Besonders aus dem Osten wird über Notreife geklagt. Auf leichteren Böden befürchtet man Einbusen bis zu 50% einer normalen Ernte. Die Heuernte ist meist beendet. Der Ertrag wird der Qualität nach durchweg gut beurteilt, mit der Menge ist man im Osten nicht zufrieden. In den ausgesprochen trockenen Gegenden sind nach dem ersten Schnitt Wiesen und Kleefelder ausgebrannt, so dass die Hoffnung auf einen zweiten Schnitt gering ist. Das Auftreten von tierischen und pflanzlichen Schädlingen ist im allgemeinen nicht besonders gross.

Die förmlich tropische Hitze des Monats Juni war für den Weinbau überaus

günstig. Die Blüte setzte frühzeitig ein und war schnell beendet. Der Fruchtansatz befriedigt durchweg. Die tierischen und pflanzlichen Schädlinge konnten überall durch rechtzeitig einsetzende Bekämpfungsverfahren in Schach gehalten werden. Im Staatsdurchschnitt wird mit einem befriedigenden Herbst gerechnet."

SPD. In einer in Berlin stattgefundenen, von einem Teil der deutschen Studentenschaft und der Gemeinschaft ausländischer Studierender einberufenen Versammlung führte Professor Dr. Palyi über das internationale Goldproblem u.a. aus:

"Das Goldproblem interessiert uns heute deshalb so stark, weil ein Sinken des Goldwerts gleichbedeutend ist mit einem Sinken des Preisniveaus. Ein Sinken des Goldwerts kann aus verschiedenen Gründen eintreten: 1.) aus zirkularen Gründen; das Verhältnis von Goldproduktion und Goldbedarf kann sich ändern. Eine solche Periode sinkender Preise infolge zirkularer Ursachen haben wir in den 50er bis 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts erlebt; seitdem ist der Goldwert gestiegen. 2.) aus konjunkturellen Gründen; die Ursachen der Preissenkung liegen auf der Seite der Produktion, nicht auf der Seite des Goldes.

Welches die Ursachen der gegenwärtigen internationalen Preissenkung sind wird endgültig erst in zwanzig Jahren entschieden werden können; wir haben jedoch schon heute einige Anhaltspunkte für eine Beurteilung. Man könnte z.B. zu dem Ergebnis kommen, dass die Senkung der Preise von einer Verknappung des Goldes herrührt; denn in den letzten Jahren sind alle wirtschaftlich bedeutenden Länder (ausser China) zur Goldwährung oder zur Goldkernwährung übergegangen, was einen gesteigerten Bedarf an Gold bedeutet. Bei einer Goldkernwährung ist zwar das Gold nicht als Zahlungsmittel im Umlauf, die Notenbanken halten jedoch Gold als Deckung für die umlaufenden Zahlungsmittel fest. Seit dem Krieg haben sich in fast allen Ländern die Goldvorräte der Zentralnotenbanken gegen früher stark erhöht. Andererseits ist die Jahresproduktion von Gold von etwa 2 Milliarden Mark im Durchschnitt der Jahre 1910 bis 1915 auf gegenwärtig etwa 1,6 Milliarden Mark gesunken. (Von einer Erschöpfung der Goldvorräte der Welt kann in absehbarer Zeit nicht die Rede sein).

Dieser stärkeren Nachfrage nach Gold und geringeren Produktion von Gold steht auf der anderen Seite eine Steigerung des Produktionsvolumens aller Länder gegenüber. Muss nun also nicht ein Sinken der Preise die Folge jener Veränderungen sein, die auf der Seite des Goldes stattgefunden haben? Mit anderen Worten: sind die Ursachen der Preissenkung zirkularer Natur? Dem stehen folgende Tatsachen entgegen:

Der Uebergang ist nicht nur gleichbedeutend mit verstärkter Goldnachfrage, sondern vor allem mit stärkerer Zahlungsmittelversorgung. Gleichzeitig mit der Goldwährung pflegt sich in allen Ländern ein modernes Bankwesen zu entwickeln, das mit der Kreditschöpfung und Kreditausweitung mit der Produktionserweiterung durchaus Schritt halten kann. So hat sich in Amerika seit 1914 das Produktionsvolumen verdoppelt, das Kreditvolumen jedoch verdreifacht. Mit Hilfe der Kreditschöpfung hat also das Gold ausgereicht, um die Kaufkraft genügend zu steigern, sodass sie die produzierten Waren aufnehmen konnte. Trotzdem also in der ganzen Welt eine weitere Steigerung der Produktion, andererseits eine weitere Abnahme der Goldproduktion zu erwarten ist, hat die Goldmenge auf die Preishöhe fast keinen Einfluss, denn die Waren werden ja gar nicht mit Gold bezahlt, sondern mit Kredit."

Sinkende Preise sind an sich kein Nachteil; für die Konsumenten sind sie jedenfalls von Vorteil. Sie sind nur dann schädlich, wenn sie von einem abnehmenden Produktionsvolumen begleitet sind. Es handelt sich also darum, möglichst rasch und gründlich alle falsch geleitete, alle überflüssige und alle unrentable Produktion in die richtigen Bahnen zu lenken.

Fester bei geringem Umsatz.

(Berliner Getreidebörse vom 3. Juli.)

SPD. Die Berliner Produktenbörse zeigte am Donnerstag Neigung zur Festigkeit; trotzdem war die Umsatztätigkeit nur gering. Die herrschende Hitze hat neue Befürchtungen für die Ernte hervorgerufen. Dazu traten festere Auslandsmeldungen. Das Angebot an Brotgetreide aus alter und neuer Ernte war daher nicht sehr gross. Trotzdem hielten sich die Käufer zurück, da die allgemeine Situation nicht klar genug erscheint. Am Markte der Zeitgeschäfte waren die Eröffnungsnotierungen zumeist wenig verändert; jedoch trat im Verlaufe der Börse eine merkliche Befestigung ein. Hafer konnte nennenswerte Preisgewinne verbuchen, bei sehr knappem Angebot. Der Mehlmarkt verkehrte weiter in äusserst ruhiger Haltung.

	2. Juli	3. Juli
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	285 - 290	287 - 292
Roggen	172 - 177	172 - 177
Braugerste	-	-
Futter- und Industrierogerste	170 - 186	168 - 188
Hafer	150 - 159	153 - 162
loco Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	33,00 - 41,00	33,00 - 41,00
Roggenmehl	22,75 - 25,25	22,75 - 25,25
Weizenkleie	8,00 - 8,50	8,50 - 8,75
Roggenkleie	7,75 - 8,00	8,00 - 8,25

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Juli 295 $\frac{1}{2}$ -297-296 (Vortag 294), September 261 und Brief (260 $\frac{1}{2}$), Oktober 263-262 $\frac{1}{2}$ (263), Roggen Juli 171 (171 $\frac{1}{2}$), September 174-175 (174), Oktober 178-179 $\frac{1}{2}$ (177 $\frac{1}{2}$), Hafer Juli 168-170 und Brief (163 $\frac{1}{2}$), September 174-175-174 $\frac{1}{2}$ (170), Oktober 177-176 $\frac{1}{2}$ (173).

 Amtliche Eiernotierungen.

(3. Juli)

SPD. Preise in Pfennigen je Stück im Grosshandel: Deutsche Eier: Trink-eier (vollfrische, gestempelte) Sonderklasse über 65 Gramm 12 $\frac{1}{4}$, Klasse A 60gr 11 $\frac{1}{4}$, Kl. B 53 Gr 10, Kl. C. 48 gr 9, frische Eier Kl. B. 53 gr 9 $\frac{1}{2}$, aussortierte kleine und Schmutzeier 7. Auslandseier: Dänen 18er 13, 17er 12 $\frac{1}{4}$, 15 $\frac{1}{2}$ -16er 10, Holländer 60-62 gr 10 $\frac{1}{2}$ -11 $\frac{1}{4}$, 57-58 gr 10 $\frac{1}{4}$ -10 $\frac{1}{2}$, leichtere 10, Belgier 68 gr 13, 57-58 gr 10 $\frac{1}{4}$, Rumänen 8 $\frac{1}{2}$, Ungarn 8 $\frac{1}{2}$ -8 $\frac{3}{4}$, Russen normale 8 $\frac{1}{2}$, Polen normale 8, abweichende 7 $\frac{1}{4}$ -8. Kleine, Mittel- und Schmutzeier 6 $\frac{1}{2}$ bis 7.- Witterung: heiss, Tendenz: fest.

 Berliner Milchpreis.

(3. Juli)

SPD. Auf Grund der ab Anfang Juli erfolgten Neuregelung der Milchbelieferung Berlins ist eine Aenderung in der Notierung eingetreten. Die Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg setzte den Erzeugerpreis für 1 Liter Vollmilch frei Berlin für die Zeit vom 4. bis 10. Juli wie folgt fest: A-Milch 17 Pfennige, B-Milch 11 Pfennige, c-Milch 17 Pfennige. Die A-Milchmenge ist auf 20% des A-Milchkontingents der einzelnen Lieferstellen festgesetzt. Der Zuschlag beträgt a) für tiefgekühlte Milch 0,50 Pfennige, b) für molkerei-mässig bearbeitete Milch 1,75 Pfennige je Liter.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S . P . D

Nr. 49

Berlin, den 3. Juli 1930

Die bulgarische Frauenbewegung.^x

SPD. Das bulgarische Frauentum scheidet sich in zwei scharf voneinander abgegrenzte Typen: die städtische Dame oder die städtische Frau, die gern Dame sein möchte; und die Bäuerin. Die Arbeiterin und Arbeiterfrau spielt in dem wenig industrialisierten Lande kaum eine Rolle. Für die Städterin ist, wie bei allen Frauen der zur westlichen Zivilisation strebenden östlichen Völker, die Pariserin und ihr Schick das allein massgebliche, mehr oder weniger äusserlich und kritiklos nachgeahmte Vorbild. Die innere Kultur und der Esprit der Pariserin lassen sich natürlich nicht importieren wie ihre Kostüme, Toiletten und Modejournale. Die sklavische Nachahmung der Mode erfordert in mittleren und kleinen Verhältnissen grosse finanzielle Opfer; die Bulgarin hilft sich, indem sie die Ausgaben für ihre Kleidung an die allererste Stelle setzt und ausserdem die Kleidung vielfach selbst mit grossem Geschick herstellt. Ein einziges, märchenhaft elegantes Kostüm in der Saison muss dann nebst den entsprechenden Seidenstrümpfen und Spitzen und hochhackigen Schuhen für alle Gelegenheiten genügen. Man ist dann eine "moderne" Frau, selbst wenn man im Haushalt mit den altmodischsten Geräten auf die denkbar unrationellste Weise arbeitet und die Kinder, bei aller Sympathie für die neuen westlichen Erziehungsideen, noch ganz im alten Stil erzieht, d. h. masslos verwöhnt. Kinderkleidchen selbst zu sticken und zu häkeln, und zwar nicht nach den schönen alten Volksmustern, sondern nach oftmals recht geschmacklosen Pariser Mustern, ist der Bulgarin wichtiger als eine sorgfältige Erziehung der Kinder.

Dem Oberflächentypus der bulgarischen Stadtfrau steht die schwerarbeitende Bäuerin wie ein Wesen aus einer anderen Welt gegenüber. Man macht sich kaum einen Begriff davon, was alles zum Arbeitsgebiete der bulgarischen Bäuerin gehört! Sie hat den Haushalt für eine meist recht zahlreiche Familie zu besorgen, sie hat bei der Feldarbeit zu helfen, das Vieh zu füttern, mit ihrem Manne gemeinsam die Produkte ihrer Landwirtschaft zum Markte zu bringen und zu verkaufen und die gesamte Kleidung für die Familie sozusagen von der Urzelle an allein herzustellen. Sie schert die Schafe und erntet die Baumwollkapseln; sie spinnt und färbt das Rohmaterial, webt und näht. Sie betreibt eine Seidenraupenzucht, kocht, bleicht und färbt die Fäden, webt die Seide und stellt die Kleidungsstücke selbst her. So entstehen die herrlichen alten Volkstrachten, die prächtigen Webereien und köstlichen Sickenereien aus einem Jahrhunderte alten rücksichtslosen Raubbau an Frauenkraft. Mit dreissig Jahren ist die Bäuerin verblüht - ausgepumpt durch die ständige Ueberarbeit, durch die vielen Geburten und Fehlgeburten; häufig stirbt sie jung, und viele bulgarische Dorf-kinder wachsen unter der Obhut einer zweiten oder gar einer dritten Mutter auf.

Auf diesem Boden konnte eine zielbewusste Frauenbewegung sich natürlich nur schwer entwickeln. Erst nach der 1878 erfolgten Befreiung des Landes von der türkischen Oberherrschaft war Raum für ein eigenes nationales Dasein geschaffen. Die ersten aktiv in Erscheinung tretenden Frauen waren 15 Jahre später die Lehrerinnen, die ausser auf Anstellung in Grundschule und Progymnasium auch Anspruch auf höhere Posten erhoben, wozu man ihnen jedoch Eignung und Vorbild absprach. So wurde der ganze Komplex einer besseren Mädchenbildung mit einem Schlage aufgerollt. Miteinander nicht verbundene örtliche Frau-enzyme entstanden, in denen dieses Problem zusammen mit der beruflichen Gleichberechtigung der Frau diskutiert wurde; an die Forderung der politischen

Gleichberechtigung traute man sich noch nicht heran. 1894 richtete der Frauenverein in Sofia ein Gesuch an die Regierung, Frauen zum Studium an der Hochschule zuzulassen. Das wurde natürlich sofort abgelehnt. Immerhin hatte der nun erst recht entbrannte Kampf den Erfolg, dass einige Professoren im Jahre 1897 Frauen als Gasthörerinnen zuliessen. Der akademische Senat nahm freilich diese Erlaubnis sehr bald wieder zurück mit der Begründung, dass die Vorbildung der Frauen nicht genüge. Mit dem Reifezeugnis des sechsstufigen Mädchengymnasiums wurden die bulgarischen Frauen nur im Auslande zum Studium zugelassen. Es war nicht möglich, trotz anfänglicher Sympathien beim Kultusministerium, die Mädchengymnasien den Knabengymnasien gleichwertig auszubauen. Im Gegenteil sollten die verheirateten Lehrerinnen entlassen und die Lehrerinnengehälter gekürzt werden.

Dieser Angriff regte die Frauen in Sofia zur Gründung eines "Frauenbildungsvereins" an, der 1899 die erste Zeitung zur Vertretung von Fraueninteressen herausgab. Ziel war der Zusammenschluss aller ähnlich gerichteten Vereine im ganzen Lande. Dieser gelang nach einigen Jahren zäher Vorarbeit, und die Erfolge blieben nicht aus. Die Mädchengymnasien wurden ausgebaut, und 1901 wurde die Universität für das Frauenstudium geöffnet. Der bulgarische "Frauenbund" mit eigener Zeitung ist noch heute der Sammelpunkt aller Fraueninitiative, soweit sie nicht der noch schwach entwickelten proletarischen Bewegung zugute kommt. Dreimal wurde der Bund in seiner Entwicklung schwer gehemmt: durch den Balkankrieg, durch den Weltkrieg und durch die Erdbebenkatastrophen von 1928. Die ganze Kraft musste für Wohlfahrtsarbeit eingesetzt werden.

Gegenwärtig umfasst der Bund 68 Vereine mit rund 8 000 Mitgliedern - die Zeitschrift "Frauenstimme" hat rund 5 500 Abonnentinnen -; das sind nur 0,61 % der gesamten bulgarischen Frauen. Die Mitglieder leben fast nur in den Städten auf dem Lande sind eigentlich nur die Lehrerinnen organisiert. Es ist verständlich, dass die arg überlastete Bäuerin keine Zeit und keinen Sinn für solche Bestrebungen hat. Ausserdem liegen der Bäuerin die Ziele des Bundes zu fern. An erster Stelle wird noch immer die Zulassung zu allen Berufen und Bildungsstätten verlangt - noch heute sind der bulgarischen Frau der juristische und die meisten gewerblichen Berufe, ferner die höheren Beamtenstellen verschlossen -, sodann Wohlfahrtsarbeit, wie Einrichtung von Mütterberatungsstellen, Kinderhorten, Kindergärten, Kinderspeisungen, Kampf gegen den Alkohol, Kampf für die Zivilehe anstatt der heute allein geltenden kirchlichen Ehe usw. Mit der Forderung nach politischer Gleichberechtigung ist man erst ziemlich spät und in sehr gemässigter Form hervorgetreten. Die Bäuerin sucht man durch Einrichtung von dörflichen Haushaltungs-, Näh- und Kinderpflegekursen zu gewinnen. Die geringe Zahl der Mitglieder des Frauenbundes aber zeigt, dass die bulgarische Frauenbewegung noch ganz in den Anfängen steht.

H.S.

Das Bild der Andern.^x

SPD. Ein Gerücht lief mit Windeseile durch die Strassen der eintönigen Wohnkolonie. Ein böses Gerücht! Vor dem Verwaltungsgebäude der Zeche stauten sich die Menschen, verbissen die Männer, weinend und schreiend die Frauen und Kinder. Das Tor, das den Zugang zur Zeche gab, blieb verschlossen. Man befürchtete Tumulte....

Langsam, in mühsamer Arbeit der Rettungsmannschaften, wurden die Verletzten und Toten aus dem Unglücksschachte herausgeschafft. Namen klangen auf, liefen über den weiten Zechenplatz, drangen zu den draussen Stehenden. An den Mauern der hohen, kohlenrauchgeschwärzten Gebäude sprangen Schreie empor; alte Männer fluchten oder beteten....

Im rasch hergerichteten Speisesaal der Werkskantine wurden die Toten aufgebahrt. "Rühle", sagte der Direktor, der mit zusammengebissenen Lippen die Bergungsarbeiten überwachte, zu dem Platzmeister, "den Frauen nicht länger den Eintritt wehren! Die Arbeitspapiere bleiben hier; die übrigen Sachen können abgegeben werden. Sorgen Sie, dass keine Unordnung... Jawohl, ich komme!" Draußen wurde heftig nach ihm gerufen.

Platzmeister Rühle begann seine Arbeit an den acht Toten, die bisher aufgebahrt worden waren. Er telefonierte mit dem Pförtner und nannte Namen.... Dann untersuchte er die Taschen der Toten und schrieb ordnungsmässig den Inhalt auf. Die ersten Frauen erschienen und warfen sich schluchzend über die Leichen ihrer Männer.

Rühle war ein alter Zechenveteran, der manches Unglück mit erlebt hatte. Verstohlen wischte er sich mit dem Aermel über die Augen und suchte seiner Gemütsbewegung durch seine pedantischen Angaben über den belanglosesten Tascheninhalt Herr zu bleiben.

"Frau Möhring", sagte ein Arbeiter und deutete nach der Tür. Steiger Möhring war sein Freund gewesen. Seit zehn Jahren arbeiteten sie zusammen auf Zeche "Morgensonne"; und vor sechs Jahren hatten sie beide am gleichen Tage Hochzeit gehalten. Er ging der Frau seines Freundes entgegen und führte sie, die äusserlich gefasst war, zu dem toten Freunde.

Sie küsste dem Toten die schon geschlossenen Augen. Es war still im Raum; die Frauen sassen zusammengekauert in dumpfer Hoffnungslosigkeit.

"Die Arbeitspapiere bleiben hier", wandte Rühle sich endlich an sie, "das Uebrige nehmen Sie am besten gleich an sich." Er kramte in den Sachen, die er auf einen Tisch gelegt hatte. Hier war Möhrings Taschenmesser, ein Bleistift, eine Uhr, der Trauring, die Brieftasche... Er öffnete sie, um die Papiere herauszunehmen; da fiel ihm plötzlich ein Lichtbild in die Hand. Das Bild einer Frau. Es war selbstverständlich, dass sein Blick auf das Bild fiel. Seine Hand zitterte, und sein Gesicht wurde weiss; was er da, herrührend aus der Brieftasche seines Freundes, in der Hand hielt, war das Bild einer Frau, die er kannte, und von der getuschelt worden war, dass Möhring seine Frau mit ihr betrog.

"Also doch!" war sein erster, noch unklarerer Gedanke. Nie hatte er dem Gerüchte geglaubt. Er wandte sich zur Seite und drehte das Bild um. Auf der Rückseite stand eine Widmung, die jeden Zweifel ausschloss. "Also doch!" wiederholte er. Das Gerüchte war begründet gewesen. Möhring hatte seine Frau betrogen.

Ein unterdrücktes Weinen liess ihn auffahren. Blitzschnell, instinktiv handelnd, steckte er das Bild in die eigene Tasche.

Als Frau Möhring, das kleine Bündel Habseligkeiten in der Hand, zu den anderen Frauen in der Ecke getreten war und sich mit ihnen unterhielt, drängte sich lauernd eine andre Frau in den Raum der Toten. Rühle trat ihr entgegen. Sie standen sich gegenüber, Auge in Auge, bis die Frau den Blick nicht mehr aushielt. Ihre Augen glitten irrend über die Toten. Rühle fasste in die Tasche. Während seine Augen sie bohrend anblickten, reichte er ihr das Bild. Sie griff danach, hastig, wie erlöst. Rühles Blick deutete blitzschnell hinüber zu der Frau da drüben, die ahnungslos um ihren Toten trauerte, und seine Augen drohten der Andern gebieterisch Schweigen.

Luise Winkelmann.

SPD. Nur nach den fruchttragenden Bäumen wirft man mit Steinen.
Orientalisches Sprichwort.

SPD. Wenn die Rose liebt, hält sie sich mit Dornen am Herzen fest.
Orientalisches Sprichwort.

Ball im Frankfurter Hof, *

SPD. Ein originelles Ballokal ist dieser "Frankfurter Hof", den ich da kürzlich jenseits des Alexanderplatzes in Berlin entdeckt habe. Der Eintritt kostet 50 Pfennig, und wohlhabend ausschende Besucher werden vom Kassierer noch mit der Bitte um eine Zigarette besteuert.

Unternehmend steige ich die morsche, alte Treppe hinauf. An der Eingangstüre hängt ein aus einem alten Schuhkarton gerissenes Stück Pappdeckel. Darauf steht zu lesen: "Die Damen werden gebeten, auch beim Tanzen ihre Handtaschen bei sich zu behalten."

Der Kellner bringt unverlangt ein Glas Bier und dringt auf sofortige Bezahlung. Er ist der einzige Kellner im ganzen "Ballsaal". Die Männer trinken alle Bier, die Mädels Bier oder Zitronenlimonade. In Pantoffeln schlurft der Kellner umher und hält jedes Glas so lange fest, bis es bezahlt ist.

Aber der Mann im Frack in der Mitte des Lokals hält hier die Eleganz hoch. Ich habe nie gewusst, wie komisch ein Frack wirken kann. Trotzdem ein ehemals anständiger Frack war, Massarbeit sogar. Freilich für ganz andre Masse bestimmt als sie sein gegenwärtiger Träger hat, der sich "Rudi, der Götterjunge" nennt und aussieht wie ein Schlächter auf Sonntagsurlaub.

"Hau rinn, Justav!" brüllt er gerade, und die Kapelle, eine grässlich falsch spielende Blechmusik, intoniert einen neuen Tanz.

Dralle, blasse oder knallrotbäckige Mädchen in billigen Warenhauskleidchen, Wesen, denen die Armut schon früh jede Anmut aus dem Gesicht, aus dem ganzen Körper gestrichen hat und sie unausrottbar mit ihrem typischen Geruch durchtränkte, werden von Kavaliern aufgefordert, jungen Arbeitern und Portokasseninglingen, mit denen sich schon plaudern liesse, wenn ihnen nicht der überbetonte Stolz auf ihre ebenso groteske wie vorratschte Eleganz aus dem Gesichte sähe. Steif und eckig verbeugt man sich. Schweigend tanzt man die komischsten Figuren und Schnörkel, fern von jeder ästhetischen Linie.

"Nur Rundtänze gestattet", steht auf einigen Plakaten, die an der Wand hängen. "Modern Tanzen streng verboten." Diese Anschläge sind durchaus ernst gemeint. Rudi, der Götterjunge, lässt plötzlich mit Donnergebrüll die Kapelle stoppen und geht, während alles stehen bleibt, auf ein Paar zu: "Det jeht aba nich, meine Herrschaften, det Sie hier modern tanzen. Det is strengstens vaboter. Ick beobachte Ihnen schon die ganze Zeit, un wenn det nochma vorkommt, denn missen Sie den Saul valassen."

Dann geht es weiter. Geht sogar zu Rudis vollster Zufriedenheit, denn als nach dem Tanz alles klatscht, ruft er grossmütig zur Kapelle hinauf: "Na, schön, Herr Kapellmeister, denn noch ein Schwänzchen!"

Wenn man seine "Dame" - hier heisst sie offiziell "Mäuschen" - an ihren Tisch begleitet hat, dann gibt man sich noch die Hand. Und zwar ergreift die Dame mit der rechten Hand die linke des Partners. Wer dabei ein ebenso blödes Gesicht macht wie ich das erste Mal, dem merkt man sofort an, dass er hier fremd ist.

Auch "Abklatschen" gibt es hier noch. Abwechselnd für die Mäuschen und die Kavaliere, die dann zwischen den tanzenden Paaren einher rennen und sich Partner oder Partnerin nach Wunsch abklatschen.

Rheinländer - wer kennt diese Tänze überhaupt noch? - sind hier beliebt, besonders beim weiblichen Geschlecht, und werden viel und komisch getanzt.

Hauptattraktion jedoch ist der Mondscheinwalzer um Mitternacht. Um punkt 12 Uhr geht das Licht aus. Nur eine Lampe in der Ecke brennt, von einem gelben Mondgesicht umhüllt. Früh schon hat man sich zum Mondscheinwalzer verabredet. Schneller denn sonst finden sich die Paare und beginnen zu tanzen. Eine volle Viertelstunde lang geht dieser Walzer. Aber kaum eins der Paare hält so lange durch. Schon nach zwei, drei Minuten verkrümeln sich die Paare, ziehen sich in

die Tischen, auf die Gänge und in die Höfe zurück. Ein Tuscheln setzt ein, ein Kichern, Gequietsch und Geknutsch.

Um zwölf Uhr fünfzehn gehen die Lichter wieder an. Langsam und ausgelassen kehren die Paare auf ihre Plätze zurück. Und jetzt geht der Betrieb erst richtig los.

Der Mondscheinwalzer ist der kritische Punkt des Abends. An ihm erweist es sich, wer zu wem gehört. Zum Mondscheinwalzer aufzufordern schliesst Verpflichtungen in sich. Es ist auch der einzige Tanz, den die Mäuschen einem unliebsamen Bewerber ausschlagen dürfen.

Jetzt hat man sich endgültig gefunden. Wer um Mitternacht noch kein "festes" Mäuschen oder keinen "festen" Kavalier hat, der ist ein armes Luder und kann nach Hause gehen.

So bin dann auch ich fortgegangen. Zwanzig Minuten nach zwölf, Beim Weggehen sah ich, wie der Kassierer zwei Männer, die noch herein wollten, energisch abwies: "Nee, meine Herren, det jeht nu wirklich nich. In der Woche schon, Aba Sonnabends, da - da kann ick Ihnen ohne Kragen nich rinlassen."
Mario Mohr.

An die Mutter im kommenden Kriege.^x

SPD. Das nachfolgende Gedicht stammt von einem Schüler einer höheren Lehranstalt, der sich mit einigen gleichaltrigen Mitschülern für die sozialistische Bewegung interessiert. Angesichts der leider immer noch vorwiegend reaktionären Einstellung unsrer höheren Schuljugend erscheint uns dieses Gedicht als ein so erfreuliches Gesinnungsdokument unsrer heranwachsenden Generation, dass wir diese Verse trotz einer gewissen natürlichen jugendlichen Unreife der Ausdrucksweise (besonders in der letzten Strophe) auch unsern Lesern mitteilen möchten.

Warum liessest Du ihn fort, Du Frau, den Mann?
Warum hieltst Du ihn nicht, den Geliebten, Du Braut?
Damit er auf andere Geliebte einhaut?
Warum liessest Du, Mutter, Deinen Sohn?
Warum liessest Du den Unreifen schon?
Man schickt Dir seine Uhr,
Einen Orden nur,
Ein lumpiges eisernes Kreuz zurück.
Er war doch ein Mensch, Dein Liebling, Du Mutter,
Dein eigen Fleisch, von Dir, Deinem Mann!
Als er fortzog, schautest Du ihn an?

Er schaute zu Dir unter heissen Tränen,
Es trieb ihn zu Euch sein junges Sehnen,
Er blickte zu Dir, Mutter, Liebe Mutter!
Mutter, die Du ihn aufgezogen!
Es kommt eine kleine Granate geflogen,
Eine Granate kommt aus irrender Hand!
Zu Dir blickt er betend zurück ins Land,

Mutter! Mutter!
Dein Sohn klebt als Brei an der Grabenwand.

Warum liessest Du, Mutter, Deinen Sohn?
Du reife Frau erkennst nicht den Hohn?
Warum liessest Du ihn Söhne ermorden?
Warum hast Du Deinen Liebling verloren?
Mutter, bist Du eine Irre geworden?
Warum hast Du ihn geboren?
Warum sieht er in seinem Blut?
Hat die verdammte Schieberbrut
Noch nicht genug des Sekts gesoffen?

Mutter, es kam eine Granate geflogen.
Mutter, Mutter, Du bist betrogen!
Heldentod wird es genannt,
Nicht starb er fürs Vaterland.
Elendig liessest Du ihn verrecken,
Damit Schieber wollüstig ihre Bäuche strecken.

Mutter, warum liessest Du Deinen Sohn?
Warum liessest Du den Unreifen schon?
Liebe Mutter, er kommt nicht wieder.

Nein, Du Mutter, verfluchte Mutter,
Kein Bedauern! Kanonenfutter
War er dort hinten, Du Habenmutter!
Und Du, Mutter, trägst die Schuld!
Nur Du hast Dich verschuldigt an seinem Leben!
Du hast ihn wohl der Welt gegeben,
Doch hast auch die Schuld an seinem Mord!
Warum, Mutter, liessest Du ihn fort?

H. Fr.

Der Tod im Kartoffelkraut.^x

SPD. Es war nach dem Fall Antwerpens. Unaufhaltsam wälzten sich die deutschen Regimenter durch Westflandern, stürmten über die abgeernteten Getreidefelder und schritten durch das dürreife Kraut der Kartoffeln.

Kanonendonner kündete das Nahen der Schlacht. Im Dorfe, wo der englische Ortskommandant seine Sachen packte, liefen die Bewohner zusammen. Ratlos standen sie, Bangen in den Herzen und auf den Gesichtern. Trotz aller Zusicherungen, sie zu schützen, gingen die Engländer nun doch zurück.

Sie sollten sich flach auf die Fussböden ihrer Wohnungen legen oder in die Keller gehen. Ein Fortlaufen sei nicht angebracht. Man würde die Deutschen schon halten. — So hatte man ihnen gesagt. Ein magerer Trost.

Im ersten der dem einde zu gelegenen Häuser wohnte eine Frau mit zwei erwachsenen Töchtern, ohne männlichen Rat und Beistand. Der Vater war seit zwei Jahren tot, der Sohn und Bruder im belgischen Heer, Jammernd warteten die drei der kommenden Dinge.

Die ersten Granaten krachten ins Dorf. Sie kamen weither und stammten aus schweren, dickbäuchigen Bohren. Wo sie einschlugen, flogen die Erdfetzen haushoch in die Luft.

Die Häuser lagen auseinander. Das erste schien am meisten bedroht zu sein. Die Frauen dachten nicht mehr an den Rat der zurückgegangenen Engländer. Die Furcht hatte das Gemeinschaftsgefühl in ihnen wachgerufen. Und alle drei eilten sie dem nächstliegenden Gehöfte zu. Entsetzen auf den Gesichtern, Getöse in den Ohren. Da, - ein zischendes Pfeifen, ein lautes Krachen... Drei Frauen wälzten sich im dünnen Kartoffelkraut.

Zu Tode erschrocken sah man's im Nachbarhause. Doch Hilfe zu bringen, wagte man nicht. Wer hätte den Mut zu solchem Werke gehabt! Noch sechs, acht Granaten krachten ins Kartoffelfeld. Dann sprang das Feuer weiter vor. Die Geschosse heulten hoch über die Dächer weg, um dort einzuhaufen, wo bereits die letzte feindliche Nachhut in raschen, verzweifelten Sprüngen sich zu retten suchte.

Die englische Artillerie schoss nicht. Sie hatte erkannt, dass sie nichts mehr zu halten vermochte, und hatte Befehl, hinterm Bahndamm Dixmuiden=Nieuport eine neue Stellung einzunehmen.

Bald liefen die ersten deutschen Stürmer durchs Dorf. Junge Freiwillige von 1914. Siegesbewusst. "Vorwärts!" war ihnen als Losung eingebrannt worden. Die zweite Welle durchsuchte die Häuser. Mit der dritten kamen die Sanitäter. Diese fanden die Frauen. Da deren eigenes Haus in Flammen stand, trugen sie sie ins nächste Gehöft. Eine Tochter war tot, eine schwer verwundet. Sie stark später im Lazarett. Der Mutter musste ein Arm und ein Bein abgenommen werden. Von den deutschen Militärärzten. - -

Später, als wir in gut ausgebauten Stellungen die "Wacht an der Yser" hielten, bin ich vom Ruhequartier aus häufig durch jenes Dorf gegangen. Immer kam ich an einem Grabe vorbei, auf dem ein weisses Holzkreuz den tragischen Vorfall kündete. Zuweilen sah ich auch eine alte Frau auf zwei Krücken humpeln. Die Mutter. Und immer musste ich an den fernen Sohn denken. Aus lachendem Glück war er fortgegangen, seine Heimat zu verteidigen! Und wie wird er sie wiederfinden?....

Doch vielleicht war auch er schon dem Schicksal verfallen.

J. Kl.

SPD. Die türkische Vielehe.^x In Konstantinopel veranstalteten die städtischen Behörden gegenwärtig eine Untersuchung darüber, in wie vielen Fällen noch immer eine Vielehe besteht. Die Vielehe wurde vor vier Jahren gesetzlich beseitigt und durfte nur dort erhalten bleiben, wo die Ehe bereits eine größere Zahl von Monaten vor Inkrafttreten des Gesetzes geschlossen worden war. Bisher ist es noch ganz unbekannt, in welchem Umfange die Bevölkerung von dieser Bestimmung Gebrauch gemacht hat.

SPD. Feine Damen.^x Eine Dame kaufte neulich in dem vornehmsten Spezialgeschäft des Berliner Westens eine silberne Handtasche. Der Verkäufer vergass jedoch den Namen der Dame. Nur, dass sie am Kurfürstendamm wohnte, wusste er. Da er nicht wusste, wohin er die Rechnung schicken sollte, stellte er die Sache seinem Chef vor. Dieser wusste Rat: "Schicken Sie die Rechnung an sämtliche Kundinnen von uns, die am Kurfürstendamm wohnen. Dann werden wir die Dame schon rausfinden." So geschah es. Sechsvierzig Rechnungen über eine silberne Handtasche gingen hinaus. Zwei Wochen später lag das glänzende Ergebnis vor: Vierzig der vornehmen Kundinnen hatten bezahlt.....

Deutscher Reichstag

190. Sitzung vom 3. Juli, 3 Uhr.

SPD. Als Präsident Löbe zu Beginn der Sitzung die Urlaubsgesuche bekannt gibt und mitteilt, dass der nationalsozialistische Abg. Dr. Goebbels um vier Wochen Urlaub wegen Krankheit nachgesucht hat, kommen von den Kommunisten laute Zurufe. Präsident Löbe fragt: "Wollen Sie etwa Widerspruch erheben?" Abg. Torgler (Kom) antwortet: "Im Gegenteil, er kann Dauerurlaub kriegen!" (Heiterkeit)

Die zweite Beratung des Versorgungs-Etats wird fortgesetzt.

Abg. v. Troilo (Dnat) bestreite, dass in den wenigsten Fällen der Neuanmeldung von Kriegsbeschädigtenrenten ein Zusammenhang zwischen der Invalidität und der Kriegsteilnahme festzustellen sei. Kriegsteilnehmer von 1870 hätten noch nach 25 Jahren berechnete Ansprüche auf Anerkennung von Kriegsdienstbeschädigung erhoben. Infolge der Belastung des Reichsarbeitsministeriums mit der Arbeitslosenfrage empfiehlt der Redner, das bisherige Ministerium für die besetzten Gebiete in ein Ministerium für die Kriegsbeschädigten umzuwandeln. Der Pensionskürzungsantrag der Sozialdemokraten sei verfassungswidrig, und wolle eine ungerechtfertigte Sonderbesteuerung der Pensionäre schaffen.

Abg. Lucke (Wirtschaftsp.) betont, die Pension des Beamten sei ein zurückbehaltener Teil des Gehalts, die von den Sozialdemokraten beantragte Pensionskürzung sei als Dauereinrichtung grundsätzlich abzulehnen, sie könne nur als vorübergehende Notmassnahme in der jetzigen Zeit der grossen Arbeitslosigkeit gelten. Im Ausschuss müsse deshalb das von den Sozialdemokraten beantragte Pensionskürzungsgesetz eine bestimmte Befristung erhalten. Dadurch werde eine Gefährdung der Grundsätze des Berufsbeamtentums vermieden. Die Millionenaufwendungen für die Uebergangsgebühren an ausscheidende Reichswehrangehörige könnten vermindert werden durch eine schnelle Unterbringung dieser Leute bei den Behörden.

Abg. Brüninghaus (D.Vp.) stimmt der Novelle zum Versorgungsgesetz zu. Mit den dauernden Neuanmeldungen von Kriegsbeschädigten müsse endlich einmal Schluss gemacht werden. Wirkliche Härten könnten durch eine entsprechende Fassung des Härteparagrafen vermieden werden. Die Kriegsbeschädigtenfürsorge könne durchaus den Vergleich mit der in reicheren Ländern aushalten. Es sei ein unmöglicher Zustand, dass zwölf Jahre nach dem Kriege noch 330 000 neue Anträge auf Kriegsbeschädigtenrente gestellt worden seien. Die deutschnationale Anregung auf Schaffung eines besonderen Kriegsgeschädigten-Ministeriums lehne die Volkspartei entschieden ab. Die richterliche Unabhängigkeit der Richter beim Reichsversorgungsgesetz müsse besser gesichert werden als bisher. Die aus der Reichswehr ausgeschiedenen Versorgungsanwärter sollten in grösserer Zahl auch von den Verwaltungen der Sozialversicherung eingestellt werden. An der ablehnenden Stellungnahme der Volkspartei zu einem Pensionskürzungsgesetz habe sich nichts geändert.

Abg. Sparrer (Dem) wendet sich gegen den deutschnationalen Vorschlag ein besonderes Versorgungsministerium einzurichten. Das Arbeitsministerium habe das Versorgungswesen bisher in ausgezeichneter Weise betreut. Der sozialdemokratische Entwurf eines Pensionskürzungsgesetzes müsse im Haushaltsausschuss eingehend geprüft werden. Er gehöre weniger zum Versorgungsetat als zum Ausgabensenkungsgesetz. Die Novelle zum Versorgungsgesetz liege gerade im Interesse einer Sicherung der Bezüge, die die Kriegsbeschädigten erhalten und die unter keinen Umständen gekürzt werden dürften. Mit den polemischen Ausfüh-rung in der Presse gegen den Versorgungsetat habe die demokratische Fraktion nichts zu tun.

Abg. Loibl (Bayr.Vp.) weist auf die ungünstigen Verhältnisse hin, die noch immer bei der Unterbringung der Versorgungsanwärter bestehen. Die Anstellungsgrundsätze sollten schleunigst revidiert werden. Die Novelle zum Ver-

Reichstag, Blatt 2.

sorgungsgesetz verfolge ein erstrebenswertes Ziel und schädige keineswegs die Kriegerbeschädigten. Von einer Durchpeitschung sei keine Rede.

Abg. Eisenberger (Bayr. Bauernpt.), der wie gewöhnlich vor stark besetztem Hause spricht, äussert sich im Sinne des sozialdemokratischen Antrags für die Kürzung der hohen Pensionen und meint u.a.: Die Reichsfinanzen haben so viele Löcher, dass man suchen muss, wo man die Flecke herbringt und den Zwirn, um sie zu flicken. Es war ein grosser Fehler, dass man im Dezember 1927 den Antrag Müller-Franken, der schon dasselbe sagte, wie heute wieder, mit 201 gegen 189 Stimmen abgelehnt hat. Man beruft sich auf den Verfassungsartikel über die wohlverordneten Rechte, aber wenn man den Bauern die Kuh aus dem Stall treiben und Handwerkern Maschinen und Werkzeug wegnehmen kann, dann wird man auch vor den hohen Pensionen nicht halt machen müssen, Immer mehr Bauern und Gewerbetreibende kommen in den Konkurs, aber hat man schon jemals gehört, dass ein Pensionist in Konkurs gekommen ist? (Lebh. Heiterkeit) Die Leute, die nichts mehr haben, werden radikal und sagen dann: Wenn mich der Teufel holt, soll er die anderen auch holen! (Heiterkeit) Bei der Besoldungsregelung hat man die hohen Pensionen um das Drei- bis Vierfache dessen erhöht, was den kleinen Pensionen zugelegt wurde. Ja, können denn die hohen Herren dreimal bis viermal soviel essen wie die unteren? (Heiterkeit) Ein Skandal sind die Nebenverdienste der Grosspensionisten. Man sollte die Bilanzen der Banken und Aktiengesellschaften prüfen lassen, um herauszubekommen, was diese Herren als Aufsichtsräte einstecken; die Finanzämter kennen sich da ja garnicht aus (Zuruf: Und Ihr Minister Fehr in München?) Ja, soll der weniger Gehalt als die anderen bekommen, weil er ein Bauernbündler ist? Der frühere Reichspostminister Stingl hat es fertig gebracht, zu seiner 25 000 Mark Pension noch 5 000 Mark aus dem Hindenburgfonds zu beziehen. Das ist eine Umgehung des Gesetzes. In Traunstein sind höhere Offiziere mit guten Pensionen als Reisende in Kaffee, Wein und Zigarren tätig. Wenn ein Kleinrentner oder Wohlfahrtsempfänger das macht, wird er aus der Wohlfahrtspflege hinausgeworfen. (Sehr richtig!) die Pensionenkürzung würde einen guten Eindruck machen, die Leute würden dann wieder lieber arbeiten und Steuern zahlen (oho-Rufe, Heiterkeit) Manche sehr nationale Pensionisten verzehren ihr Geld im Ausland. Während der römische Kaiser Tiberius gesagt hat, man soll die Schafe scheren aber nicht schinden (Heiterkeit), hat man die Steuern und die Beamtengehälter gewaltig erhöht. Man sollte aber zu den Leuten gehen, von denen man grosse Büsche Wolle herausbekommen kann. Das gibt Rohmaterial für Stopfgarn, um die Löcher im Etat zuzustopfen. Wenn die Haut wieder ganz ist, wächst vielleicht wieder Wolle drauf, die zum Nutzen der Landwirtschaft und des ganzen Reichs verwendet werden kann. (Lebh. Beifall).

Abg. Dr. Best (Volksrechtsp.) Die von den Sozialdemokraten beantragte Pensionsverkürzung ist ebenso wie das Beamtenopfer verfassungsändernd. Die Arbeitslöhne sind viel stärker als die Beamtengehälter gestiegen.

Die Beratung ist damit geschlossen. Eine sozialdemokratische Entschliessung, die Einsparungen im Versorgungsetat zum weiteren Ausbau der Versorgung zu verwenden, wird gegen Kommunisten und Sozialdemokraten abgelehnt. Die sozialdemokratische Entschliessung auf Erhöhung des Kapitalabfindungsfonds verfällt ebenfalls der Ablehnung. Der Versorgungshaushalt wird dann nach den Vorschlägen des Ausschusses angenommen. Angenommen wird ferner der Etat des Rechnungshofs und des Reichssparkommissars; desgleichen der Haushalt der Reichsschuld.

Schluss gegen 19 Uhr. Weiterberatung Freitag 15 Uhr.
